

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem März-Update haben wir für Sie wieder die wichtigsten Entwicklungen der vergangenen vier Wochen aufbereitet. Ein Hinweis bereits vorneweg: Die EU hat soeben einen lange angekündigten Helpdesk zur Sanktionsberatung für Kleinere und Mittlere Unternehmen gestartet. Am morgigen Donnerstag gibt es zu diesem Thema bereits ein erstes Online-Briefing (siehe Termine).

Unterdessen nähren die angelaufenen Friedensverhandlungen in Saudi-Arabien zwischen den USA, Russland und der Ukraine Spekulationen über einen Einstieg in den Ausstieg aus den Sanktionen. Russland hat zur Bedingung für eine 30-tägige Waffenruhe im Schwarzen Meer die Rücknahme von Sanktionen gegen russische Schiffe sowie den russischen Agrarbereich gemacht. Unter anderem geht es dabei auch über die Wiederaufnahme der russischen Landwirtschaftsbank und weiterer Finanzinstitute in das Interbanken-Kommunikationssystem SWIFT. Den aktuellen Stand finden Sie im Kapitel Russland.

Nicht nur im Falle von SWIFT sind die USA eigentlich auf die EU angewiesen, die aber bei den laufenden Verhandlungen von den Amerikanern nicht eingebunden wurde. Während in US-Ministerien bereits Vorschläge für die Teilaufhebung von Russland-Sanktionen erarbeitet werden (siehe Zusammenfassung der Debatte im Kapitel USA), versucht die EU den Druck auf Russland hochzuhalten: Insider in Brüssel betonen, dass noch unter polnischer Ratspräsidentschaft ein 17. Sanktionspaket erarbeitet wird, mit dem Schlupflöcher geschlossen werden sollen. China sei bei der Sanktionsumgehung aktuell das größte Problem, gefolgt von der Türkei. Die Rede ist auch von einer Liste mit „High-risk-Companies“, bei denen es Hinweis gebe, dass sie Sanktionen umgehen, aber noch keine Beweise vorlägen.

Soweit der erste Überblick. Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Hinweise zu aktuellen Sanktionsentwicklungen!

Ihre Redaktion

**OA-Update 2025/03
Stand: 26. März**

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Online-Runde zu Sanktionen

Am 20. März ging es in der Ost-Ausschuss-Reihe „Business for Business – Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland“ um das 15. und 16. Sanktionspaket der EU gegen Russland, die erweiterten EU-Belarus-Sanktionen sowie um die Lage der russischen Energiebranche. Die Experten Ole Jochen Melchior (LUTHER) und André Scholz (RSP International) erläuterten die neuesten Änderungen der EU-Sanktionsverordnungen. Besprochen wurde unter anderem das Verbot der Lieferung von Software für die Erdöl- und Erdgasexploration sowie von Gütern, die der Umsetzung von Flüssiggas-Projekten dienen. Ebenso dürfen keine Dienstleistungen mehr im Bauwesen in Russland erbracht werden. Die sogenannte No-Russia-Clause, die bei Lieferung von besonders sensiblen Gütern in Drittstaaten zwingend ist, könne auch allgemein in den AGB aufgeführt werden. Notwendig sei dann aber ein Verweis auf die AGB innerhalb des Vertrages. Bei Altverträgen müssten Unternehmen mindestens nachweisen, dass sie versucht haben, die No-Russia-Clause nachträglich in den Vertrag aufzunehmen. Zwar wurde die Vorschrift der No-Russia-Clause von der EU bislang nicht auf Tochterunternehmen in Nicht-EU-Staaten erweitert. Es gilt hier aber die Best-Efforts-Verpflichtung. Unternehmen müssen dazu sorgfältig ihre Kunden prüfen und die Wahrscheinlichkeit, dass sanktionierte Ware nach Russland gelangt nach bestem Wissen verhindern.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung in Russland war Thema. Für 2025 erwarten die Experten eine weiterhin hohe russische Inflation von rund zehn Prozent. Hoffnungen auf schnelle Friedensgespräche und die Rückkehr westlicher Unternehmen nach Russland hatten den Rubel zuletzt deutlich ansteigen. Inzwischen sei hier aber wieder Ernüchterung eingeleitet.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde die Situation der russischen Öl- und Gasproduzenten beleuchtet. Experten sehen hier angesichts der westlichen Sanktionen eine deutlich negative Tendenz. Gazprom habe 2023 und 2024 große Verluste eingefahren. Viele Explorationsprojekte zur Erschließung neuer Lagerstätten seien abgebrochen worden. Technik und Know-how gingen verloren. Russland suche zwar nach neuen Abnehmerländern für sein Gas und Öl, sei aber zunehmend von China abhängig. Vor allem der Export von Erdgas sei ins Stocken geraten, da China hier frühere europäische Abnehmer nicht ersetzen könne.

2. Deutschland

BMWK veröffentlicht neues Hinweispapier zu Sanktionen mit Hinweis auf aktuelle Gerichtsverfahren

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat ein erstes „Informationsschreiben zu aktuellen Entwicklungen in der strafrechtlichen Praxis aus dem Bereich der Sanktionen gegen Russland“ veröffentlicht. „Durch den andauernden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist unsere Sicherheit in Europa neu zu denken, auch in der Wirtschaftspolitik“, schreibt das BMWK. „Ebenso beispiellos wie der Umfang der bestehenden Sanktionen gegen Russland, sind die Anstrengungen der Unternehmen in Deutschland und Europa, die Sanktionen umzusetzen und Sanktionsumgehung zu verhindern“ heißt es weiter. Mit dem neuen Informationsschreiben sollen Unternehmen über „aktuelle Entwicklungen der strafrechtlichen Fallpraxis zu Verstößen gegen die Russland-Sanktionen im Kontext der Sanktionsumgehung“ informiert werden. Das Papier enthält in einem allgemeineren Teil Hinweise zu Compliance-Anforderungen und zur Jedermannspflicht für Unternehmen. Es folgen Beispiele für aktuelle Gerichtsverfahren wegen Sanktionsverstößen. Zwei Fälle betreffen das Oberlandesgericht Stuttgart, ein Fall das Landgericht Frankfurt. Geplant seien regelmäßige Aktualisierungen des Schreibens.

Die erste Ausgabe des neuen Hinweispapiers finden Sie [hier](#)

Aktualisierungen will das BMWK fortlaufend auf seiner allgemeinen Sanktions-Informationseite unter dem Reiter Sanktionsstrafrecht einstellen:

[BMWK - Sanktionen](#)

Zoll bittet um Hinweise zur Entbürokratisierung

Generalzolldirektion bittet um Beteiligung an einer **Abfrage zur Identifizierung von bürokratischen Aufwänden**. Anhand einer Umfrage möchte die GZD zum einen Verbesserungs- und Entbürokratisierungspotential bei ihren Formularen ermitteln. Zum anderen soll weiteres Entbürokratisierungspotential bei der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Zollverwaltung erkannt werden. Eingaben können ausschließlich online unter folgendem Link gemacht werden: <https://umfrage-stuetz.zoll.bund.de/723147?newtest=Y&lang=de>.

Im Zusammenhang mit dieser Abfrage hat die GZD zudem auch zu einem **Roundtable eingeladen**, in dem die GZD die eingegebenen Vorschläge diskutieren möchte. Die Einladung richtet sich insbesondere an Teilnehmer der Online-Abfrage der GZD. Der Roundtable wird stattfinden am **10. April 2025 von 10:00-12:30 Uhr** bei der GZD in **Hamburg**. Eine virtuelle Teilnahme ist möglich. Anmeldungen sind bis zum 3. April 2025 an DVA1.gzd@zoll.bund.de möglich.

Beschädigter Tanker beschlagnahmt

Die Bundesregierung hat sich für ein robustes Vorgehen gegen einen Tanker der Schattenflotte entschieden, mit der Russland trotz der geltenden Sanktionen weiter weltweit Öl verkauft. Am 14. März beschlagnahmte der Zoll den unter panamaischer Flagge fahrenden Tanker „Eventin“, der seit Mitte Januar vor der Küste Rügens ankert, berichtet Spiegel-Online. Durch einen sogenannten Einziehungsbescheid der Generalzolldirektion gehen nun sowohl der altersschwache Tanker als auch die rund 100.000 Tonnen Rohöl im Wert von gut 40 Millionen Euro in deutsches Eigentum über. In Sicherheitskreisen hieß es, die „Eventin“ werde nach dem Erlass des Bescheids umgeflaggt. Die „Eventin“ trieb zunächst Mitte Januar manövrierunfähig nördlich von Rügen. Wegen der drohenden Gefahr eines Ölaustritts wurde der Tanker ins Gewässer vor Sassnitz geschleppt und dort von Küstenwache und Bundespolizei Tag und Nacht überwacht. Seit Ende Februar ist das Schiff von der EU als Teil der Schattenflotte Russlands gelistet.

[Russland-Sanktionen: Bundesregierung beschlagnahmt Öltanker »Eventin« - DER SPIEGEL](#)

Bundesregierung verlängert Treuhandverwaltung der Rosneft Deutschland

Die Bundesregierung hat auf Grundlage des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) die Verlängerung der Treuhandverwaltung über die Rosneft Deutschland GmbH (RDG) und die RN Refining & Marketing GmbH (RNRM) bis zum 10. September 2025 angeordnet. Mit der Verlängerung behält die Bundesnetzagentur weiterhin die Kontrolle über Rosneft Deutschland und damit auch über den jeweiligen Anteil in den drei Raffinerien PCK Schwedt, MiRo (Karlsruhe) und Bayernoil (Vohburg), heißt es in einer dazugehörigen Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums.

Rosneft Deutschland vereint insgesamt rund zwölf Prozent der deutschen Erdölverarbeitungskapazität auf sich und gehört zu den größten erdölverarbeitenden Unternehmen in Deutschland. Mit der Verlängerung der Treuhandverwaltung, sei die Sicherheit der Energieversorgung weiter garantiert, betont das Ministerium. Die Anordnung gewährleiste insbesondere die Versorgung der Bundesländer Berlin und Brandenburg und sichert die Zukunftsfähigkeit des Standorts Schwedt. Michael Kellner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, erklärte: „Durch die Verlängerung der Treuhand kann an den drei Standorten weiterhin produziert werden, was den Erhalt der Arbeitsplätze sichert. Wir erwarten jetzt einen zügigen Abschluss der Verkaufsverhandlungen der russischen Seite, Klarheit bei den Eigentumsverhältnissen ist wichtig für die Weiterentwicklung der Raffinerien.“

Rosneft Russland habe glaubhaft dargelegt, dass ein Verkauf von Rosneft Deutschland aktiv betrieben wird. Öffentliche Stellungnahmen potentieller Käufer und Gespräche der Bundesregierung unterstützen diese Aussage. Ein Verkauf wäre der rechtssicherste und

somit auch schnellste Weg, um Investitionen in die Raffinerien zu ermöglichen und die Standorte in Deutschland zu sichern.

Russland erklärt auch DGAP zur „unerwünschten Organisation“

Moskau geht gegen die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) vor, dies berichtet Table.Media. Wie der Direktor des Thinktanks, Thomas Kleine-Brockhoff, mitteilte, wurde die DGAP vom russischen Staat zu einer „unerwünschten Organisation“ erklärt. Dies geschah zuvor bereits mit etwa 200 anderen Organisationen, darunter auch die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Entscheidung richte sich vor allem gegen potenzielle Kooperationspartner in Russland und solle den internationalen wissenschaftlichen Austausch weiter einschränken. „Wir prüfen derzeit die möglichen Auswirkungen dieser Entscheidung, sowohl auf die Institution als auch auf unsere Mitglieder“, erklärte Kleine-Brockhoff.

Volkswagen Bank hat jetzt russischen Besitzer

Der russische Unternehmer Igor Kim ist laut einer Meldung von Interfax jetzt neuer Besitzer der Volkswagen Bank Rus. Die Nachrichtenagentur bezieht sich auf einen Eintrag im russischen Handelsregister EGRUL. Demnach erwarb Kim 45 Prozent der Anteile an der ehemaligen russischen VW-Tochter. Die restlichen 55 Prozent befinden sich im Besitz der Firma Expomobility, die ebenfalls von Kim kontrolliert wird. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte Ende Dezember 2024 der Volkswagen Bank erlaubt, ihre Russlandtochter zu verkaufen. Igor Kim ist Miteigentümer der Moskauer Privatbank Expobank. Im vergangenen Jahr übernahm er von Volkswagen bereits die beiden russischen Finanzdienstleister „Volkswagen Financial Services Rus“ und „Volkswagen Group Finanz“. Im September 2023 hatte er das Russlandgeschäft des schwedischen Nutzfahrzeugherstellers Volvo übernommen.

[Игорь Ким стал владельцем российского "Фольксваген банка"](#)

Illegaler Handel mit Luxusautos

Sie soll 192 Luxusautos im Gesamtwert von mehr als 21 Millionen Euro nach Russland exportiert haben: Nun haben Behörden die 46-Jährige festgenommen, wie die Staatsanwaltschaft Berlin und das Zollfahndungsamt Berlin-Brandenburg gemeinsam mitteilten. Wegen des Angriffs Russlands gegen die Ukraine ist seit März 2022 der Export von Luxusgütern wie Autos ab einem Wert von 50.000 Euro aus der EU nach Russland untersagt. Seit Juni 2023 gilt das sogar unabhängig vom Wert der Wagen.

Um diese Regelung zu umgehen, soll die Beschuldigte laut Staatsanwaltschaft und Zoll seit dem 5. April 2022 bei der Anmeldung zur Ausfuhr den Anschein erweckt haben, die Autos würden nach Belarus, Kirgisistan, Tadschikistan oder Usbekistan verkauft.

Tatsächlich seien die Fahrzeuge aber von diesen Ländern aus weiter nach Russland geliefert worden.

Auch ist ein solches Vorgehen kein Einzelfall: In Kirgisistan, das in diesem Zusammenhang immer weiter in den Fokus rutscht, explodierte der Wert von Autoimporten zuletzt: von 224 Millionen Dollar zwischen 2019 und 2021 auf 2,8 Milliarden Dollar im Jahr 2023 – was einem Anstieg um 1100 Prozent entspricht.

Außerdem wurden im Berliner Bezirk Spandau sowie im bayerischen Landkreis Landshut drei Vermögensarreste sowie fünf Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt. Dabei wurden mehrere hochwertige Fahrzeuge, zwei Kühlaufleger, Geschäftsunterlagen und Datenträger sichergestellt.

[Russland: 46-Jährige exportierte Luxusautos im Wert von 21 Millionen Euro - DER SPIEGEL](#)

Auch der österreichische Standard berichtet über einen illegalen Handel mit Luxusautos. Bei Sanktionsumgehern scheint laut aktuellen Recherchen des Standard Kirgisistan eine wichtige Rolle zu spielen: ein Land, das nicht einmal eine gemeinsame Grenze mit Russland hat. In der Zeit von 2019 bis 2021 hatte das zentralasiatische Land laut öffentlich verfügbaren Handelsdaten Autos im Wert von 224 Millionen US-Dollar importiert. Mit Russlands Invasion und Verhängung der Sanktionen stieg dieser Wert nach Recherchen des Standard auf knapp 2,8 Milliarden US-Dollar. Das entspricht einem Anstieg um mehr als 1100 Prozent. Laut Experten seien es absurd viele Autos für ein so kleines Land.

Tatsächlich habe sich Kirgisistan nach Recherchen des Standard und der Non-Profit-Redaktion Forbidden Stories zu einer Drehscheibe für den Handel nach Russland entwickelt. Die Autoexporte aus Deutschland nach Kirgisistan seien regelrecht explodiert. Seit 2021 hat sich ihr Wert zeitweise mehr als ver Hundertfacht. Auch aus Österreich werden seit dem Beginn des Angriffskrieges immer mehr Autos nach Kirgisistan geliefert. So wurde 2021 noch kein einziges Auto aus Österreich nach Kirgisistan geliefert, im Jahr 2023 waren es bereits Fahrzeuge im Wert von 1,8 Millionen Euro. Ein Insider aus der kirgisischen Zollbehörde behauptete gegenüber dem Standard, viele Autos würden nie kirgisischen Boden berühren, er nennt es das "Wifi-Prinzip": Nur die Zolldokumente werden in Kirgisistan abgeseignet, die Autos werden auf direktem Weg nach Russland gebracht.

[Russlands Eliten erhalten weiterhin Luxusautos – trotz Sanktionen - Welthandel - derStandard.de › Wirtschaft](#)

3. Europäische Union

Sanktionen: Neuer EU-Helpdesk für Kleinere- und Mittlere Unternehmen

Die Europäische Kommission hat soeben einen bereits seit längerem angekündigten EU-Sanktions-Helpdesk etabliert, der sich speziell an Kleinere- und Mittlere Unternehmen richtet. Der neue Dienst soll KMU dabei helfen, Sanktionen zu verstehen und sich darin zurechtzufinden, und sie bei ihren Bemühungen um Sorgfaltspflicht unterstützen, indem er beispielsweise die Sorgfaltspflicht im Zusammenhang mit Sanktionen erläutert. In dieser Hinsicht versucht der Helpdesk nicht, Sanktionen zu interpretieren oder Rechtsberatung anzubieten.

Die EU verfügt inzwischen nach eigenen Angaben weltweit über mehr als 40 Sanktionsregelungen, die eine Vielzahl restriktiver Maßnahmen umfassen, von gezielten Einzelmaßnahmen (z. B. Einfrieren von Vermögenswerten) bis hin zu umfassenderen sektoralen Ansätzen (die auf die Bereiche Finanzen, Handel, Energie usw. abzielen). Angesichts zunehmender weltweiter Spannungen werden die restriktiven Maßnahmen der EU immer schneller ausgeweitet. Diese Komplexität kann zu einer Risikoaversion führen, die in einigen Fällen zu De-Risking-Praktiken führen kann. Infolgedessen steigt der Compliance-Bedarf sprunghaft an.

Hier will die EU mit ihrem neuen Helpdesk ansetzen. Er soll KMU, die Due-Diligence-Prüfungen im Zusammenhang mit Sanktionen durchführen, individuelle Unterstützung an und verwaltet eine spezielle Website mit Informationen zu Sanktionen, Veranstaltungen, Tipps, Erfahrungsberichten und vielem mehr.

Der Helpdesk deckt nach Angaben der EU alle restriktiven Maßnahmen der Vereinten Nationen und der EU ab und bietet KMU eine zentrale Anlaufstelle für die Einhaltung von Sanktionen. Der Helpdesk arbeitet mit Partnern wie Behörden, Interessengruppen zur Unternehmensförderung, Finanzinstituten und internationalen Sanktions- und Compliance-Organisationen zusammen. Im Rahmen dieser Partnerschaften wird der Helpdesk an gemeinsamen Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen teilnehmen, Veranstaltungen ausrichten und besuchen sowie Schulungen durchführen.

Unter diesem Link finden Sie die relevanten Informationen zum Helpdesk in englischer Sprache: [EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Da es sich hierbei um einen neuen Dienst der Europäischen Kommission handelt, sind Beiträge von Nutzern des Systems willkommen, um die Qualität des Dienstes kontinuierlich zu verbessern. In diesem Zusammenhang werden Unternehmen gebeten, ihre Beiträge zum Helpdesk direkt an die Europäische Kommission (outreach@eu-sanctions-helpdesk.eu) zu senden.

Studie zu europäischem OFAC ausgeschrieben

Die Europäische Kommission will stärker gegen die Umgehung von Sanktionen vorgehen und prüft jetzt den Aufbau einer zentralen Durchsetzungsbehörde nach dem Vorbild des einflussreichen United States' Office of Foreign Assets Control (OFAC). Darauf deutet laut einem Bericht von Table.Media eine am 21. März veröffentlichte Ausschreibung in Höhe von 500.000 Euro für eine Studie hin. Finanzkommissarin Maria Luís Albuquerque lässt demnach prüfen, ob die EU eine zentrale Durchsetzungsbehörde nach dem Vorbild des OFAC oder des britischen OFSI einrichten könnte. Die Studie soll innerhalb von 18 Monaten erarbeitet werden, mit schnellen Entscheidungen ist daher nicht zu rechnen.

„Die Sanktionen bleiben das wichtigste Instrument im Instrumentarium der Union, um aggressives und illiberales Verhalten von Drittländern abzuschrecken, zu verhindern und zu verurteilen“, heißt es in der Ausschreibung. „Um die Umgehung von Unionssanktionen einzudämmen und die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Sanktionen zu unterstützen, befasst sich dieses Pilotprojekt mit einer Studie über bewährte Verfahren und Synergien, die der Sanktionspolitik der Union zugutekommen würden, wobei die Beispiele des Office of Foreign Assets Control (OFAC) der Vereinigten Staaten und der Sanktionsvollstreckungsbehörde (OFSI) des Vereinigten Königreichs herangezogen werden. Dies würde dazu beitragen, Ähnlichkeiten, Unterschiede, bewährte Verfahren und fehlende Elemente in allen Gerichtsbarkeiten der Union zu ermitteln.“

In der Ausschreibung wird indirekt der Unions-weite Behördenwirrwarr in der Sanktionsfrage beklagt: „Da jeder Mitgliedstaat eine sehr unterschiedliche Anzahl und Zusammensetzung nationaler Behörden für die Durchsetzung von Unionssanktionen benennt (derzeit mindestens 160 offiziell benannte), wäre es nützlich zu untersuchen, inwieweit eine zentralisierte Sanktionsvollstreckungsbehörde im Vergleich zu einem Netzwerk verstreuter nationaler Behörden die Durchsetzung von Unionssanktionen begünstigen würde. Eine solche Studie würde dazu beitragen, einen Weg zur Verringerung der „vermeidbaren“ Umgehung von Sanktionen zu finden, insbesondere in Bezug auf das Einfrieren und die Beschlagnahme von Vermögenswerten sowie Visa- und Reiseverbote.“

Ausschreibung:

[57/2025](#)

Ungarn erzwingt Aufhebung einiger EU-Sanktionen gegen Russen

Nach einem wochenlangen Ringen mit Ungarn haben die EU-Staaten am 14. März Sanktionen gegen mehr als 2400 Personen und Organisationen bis Mitte September verlängert, welche die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben. Sie dürfen nicht in die EU reisen, ihre Vermögenswerte werden eingefroren und Unternehmen wird die Geschäftstätigkeit untersagt. Als Zugeständnis an Budapest wurden vier Personen von der Liste entfernt. Andernfalls wäre der Sanktionsbeschluss in der Nacht von Samstag auf Sonntag verfallen. Die Listungen, die 2014 mit der russischen Eroberung der Krim-Halbinsel begonnen haben, müssen alle sechs Monate verlängert werden.

Nach F.A.Z.-Informationen handelt es sich bei den gestrichenen Personen um den russischen Sportminister und Vorsitzenden des Nationalen Olympischen Komitees Michail Degtjarjow; um den Oligarchen Mosche Kantor, der auch die britische und israelische Staatsangehörigkeit besitzt; Gulbahor Ismailowa, die Schwester von Alischer Usmanow, dem der größte Eisenproduzent Russlands gehört; Wladimir Raschewskij, früher Direktor des Düngemittelherstellers Eurochem.

Druckmittel Ungarns war nach Angaben von Diplomaten die bis zum 15. März notwendige Verlängerung von Russland-Sanktionen, die insgesamt rund 2.200 Personen und Organisationen betreffen. Die Entscheidung dafür erfordert einen einstimmigen Beschluss der 27 EU-Mitgliedstaaten. Ungarn drohte diesen zu blockieren, wenn nicht mehrere Russen von der Liste genommen werden.

EU-Diplomaten glauben, dass es Budapest tatsächlich darum geht, Druck auszuüben, damit die EU eingefrorene Mittel freigibt. Das betrifft zwölf Milliarden Euro aus Kohäsionsmitteln und zehn Milliarden Euro aus dem Corona-Wiederaufbaufonds, die Budapest gerne hätte. Unterstützt wurde Ungarn auch diesmal von der Slowakei, die noch Anfang dieser Woche die Entfernung von vier Namen forderte, allerdings insgesamt widersprüchliche Signale aussandte. Der Botschafter des Landes habe keine einheitlichen Weisungen bekommen, hieß es.

Nach einem Telefonat zwischen Außenminister Péter Szijjártó und US-Außenminister Marco Rubio hat Ungarn sein Veto gegen die Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland fallen gelassen, berichtet Politico. Budapest hatte zunächst gedroht, die Sanktionen zu blockieren. Doch nachdem Trump Russland neue Sanktionen angedroht hatte, falls es einen Waffenstillstand ablehnt, änderte sich die Haltung. Rubio forderte Ungarn auf, die EU-Politik nicht zu untergraben, und drängte Budapest zum Einlenken. Doch Trumps Unberechenbarkeit könnte das Spiel jederzeit ändern und die EU ohne Druckmittel gegenüber Ungarn dastehen lassen.

https://x.com/nexta_tv/status/1901608203244462208

Gefahr russischer Sabotage in der EU wächst – KI als Brandbeschleuniger

Russland und andere staatliche Akteure treiben eine Zunahme politisch motivierter Cyberangriffe und Sabotageakte auf Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen in der EU voran. Davor warnt laut einem Artikel des britischen Guardian die europäische Polizeibehörde.

In der 80-seitigen Europol-Bedrohungsanalyse für schwere und organisierte Kriminalität für 2025 werde ausführlich beschrieben, wie Akteure der „hybriden Bedrohung“ eine „Schattenallianz“ mit organisierten kriminellen Banden in Europa geschlossen haben, um zu versuchen, das Funktionieren der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu destabilisieren. Es wird eine „breite Palette krimineller Aktivitäten und Taktiken“ identifiziert, die von „kriminellen Stellvertretern“ eingesetzt werden, darunter Sabotage, Brandstiftung, Cyberangriffe, Datendiebstahl und Migrantenschmuggel. „Es gibt eine Zunahme politisch

motivierter Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen und öffentliche Einrichtungen, die von Russland und Ländern in seinem Einflussbereich ausgehen“, heißt es in dem EU-Bericht.

Der EU-Kommissar für innere Angelegenheiten und Migration, Magnus Brunner, sagte bei der Vorstellung des Berichts: „Kriminelle Netzwerke, die im Auftrag ausländischer Mächte arbeiten – das ist etwas Neues. Manche Bedrohungen dringen in weniger als einer Sekunde als verschlüsselte Nachricht in unsere Union ein, zum Beispiel, um die Ermordung eines rivalisierenden Drogendealers anzuordnen. Manche Bedrohungen dringen innerhalb weniger Tage ein, wie ein Bus voller Migranten, bezahlt von den Russen.“

Bei der Vorstellung des Berichts am Hauptsitz von Europol in Den Haag sagte der polnische Staatssekretär für innere Angelegenheiten, Maciej Duszczak, dass ein kürzlich verübter Cyberangriff auf ein Krankenhaus, der die medizinische Versorgung für mehrere Stunden unterbrach, mit einem staatlichen Akteur in Verbindung stand.

Er sagte auch, dass es an der Grenze zu Belarus täglich zu 150 bis 170 Fällen von Menschenmuggel komme, an denen staatliche Akteure beteiligt seien, die mit kriminellen Banden im Nahen Osten und in der Türkei zusammenarbeiteten. Europol bewertet die von kriminellen Banden ausgehende Gefahr alle vier Jahre.

Der polnische Polizeichef Marek Borón warnte, dass die russische Invasion in der Ukraine selbst im Falle eines Friedensabkommens nachhaltige Auswirkungen haben würde, mit einer möglichen „Zunahme des Schwarzmarktes für Waffen und Munition und Versuchen krimineller Gruppen aus Russland, Einfluss zu nehmen“.

Mitte März schoben Staatsanwälte in Litauen die Schuld für einen Brandanschlag auf ein Ikea-Geschäft in Vilnius im vergangenen Sommer auf den russischen Militärangeheimgesamt GRU, der auch verdächtigt wird, hinter Bränden in anderen Supermärkten und Einkaufszentren zu stecken. Als Reaktion darauf sagte der polnische Ministerpräsident Donald Tusk, die Staatsanwälte hätten „unseren Verdacht bestätigt, dass die russischen Geheimdienste für die Brandstiftung in Einkaufszentren in Vilnius und Warschau verantwortlich sind“.

Europol stellte fest, dass kriminelle Netzwerke „zunehmend als Stellvertreter im Dienste hybrider Bedrohungsakteure agieren“, in einer Zusammenarbeit, die für beide Seiten von Vorteil ist. Diese „Schattenallianz“ ermöglicht es Russland, kriminelle Netzwerke ad hoc zu nutzen und „die Ressourcen, das Fachwissen und den Schutz des jeweils anderen zu nutzen, um ihre Ziele zu erreichen“. Kriminelle Banden wenden eine Vorgehensweise an, die als „Specht-Modus“ bezeichnet wird. Das bedeutet, dass Vorfälle „ursprünglich als Einzelereignisse bewertet werden, wie z. B. Sabotage kritischer Infrastrukturen, Wasser- und Energieversorgung, Brandstiftung, Einschüchterung und Entführungen“. Später kann sich jedoch herausstellen, dass die Vorfälle „Teil eines umfassenderen strategischen Ziels der Destabilisierung sind, das anhaltende, gezielte und kumulative Störungen und nicht einen einzigen, überwältigenden Angriff umfasst“.

„Ähnlich wie ein Specht einen Baum durch wiederholte Schläge mit der Zeit schwächt, führen Akteure hybrider Bedrohungen fortlaufende, scheinbar geringfügige Aktionen

durch, die gemeinsam die Stabilität, Sicherheit und das Vertrauen in Institutionen untergraben“, so Europol.

Der Europol-Bericht warnt auch vor dem zunehmenden Einsatz von KI, um Online-Betrug und Cyberkriminalität zu skalieren und zu beschleunigen. In Deutschland wurden junge Menschen über soziale Medien und Messaging-Apps „umworben und rekrutiert“, wobei „Script-Kiddies“ eingesetzt wurden, um ihnen die Codes zur Verfügung zu stellen, die sie für Hacking und Cyberangriffe benötigten.

[Russia using criminal networks to drive increase in sabotage acts, says Europol | Cybercrime | The Guardian](#)

Mehr Geld für russische Energie als für Ukraine-Hilfen

Die EU-Staaten haben im vergangenen Jahr mehr für fossile Brennstoffe aus Russland ausgegeben als für Finanzhilfen an die Ukraine. Das ist das Ergebnis einer Studie des Forschungsinstituts CREA, über das die Tagesschau berichtet. Trotz aller Sanktionen und Bemühungen, unabhängiger von russischem Öl und Gas zu werden, hat die EU im vergangenen Jahr nur ein Prozent weniger fossile Brennstoffe aus Russland importiert. Der Wert dieser Einfuhren von Öl, Gas und Ölprodukten sei um sechs Prozent auf 21,9 Milliarden Euro zurückgegangen, so das Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA). Damit hätten die Ausgaben für russische Energie im dritten Jahr der Invasion über den 18,7 Milliarden Euro gelegen, die die EU der Ukraine an Finanzhilfen gewährte, teilte das unabhängige Forschungsinstitut aus Helsinki mit.

Russlands Exporte an fossilen Brennstoffen bezifferte das CREA auf insgesamt 242 Milliarden Euro, drei Prozent weniger als 2023 und acht Prozent weniger als vor der Invasion in die Ukraine. Dabei habe Moskau die Handelsbeziehungen mit außereuropäischen Partnern gefestigt. Allein die drei größten Abnehmer China, Indien und die Türkei seien für 74 Prozent der russischen Einnahmen aus Öl, Gas und Kohle verantwortlich. Bei der Umgehung der von den westlichen Staaten eingeführten Preisgrenzen spielt laut dem Institut die so genannte Schattenflotte eine wichtige Rolle. Sie habe 2024 etwa 61 Prozent der überseeischen Ölexporte im Wert von 83 Milliarden Euro transportiert.

Seit Beginn der Invasion habe Europa signifikante Fortschritte bei der Energieunabhängigkeit von Russland gemacht, erklärte der EU-Abgeordnete Thomas Pellerin-Carlin. Der Importanteil von russischem Öl und Gas sei von 45 Prozent 2021 auf 18 Prozent im vergangenen Jahr gesunken. Dennoch stamme noch immer ein Viertel der entsprechenden Einnahmen Moskaus aus Europa. Das lag auch an den hohen Ausgaben einzelner EU-Staaten für russisches Flüssiggas, die 2024 sieben Milliarden Euro betragen hätten, so das CREA. Eine wichtige Rolle spielten auch die Ausnahmegenehmigungen für die stark von russischem Öl abhängigen EU-Mitglieder Ungarn, Slowakei und Tschechien, die diese Genehmigungen weiterhin voll ausnutzten. Während der Anteil Deutschlands nahe Null liegt, macht die Studie Ungarn, Frankreich, die Slowakei und Spanien wertmäßig größte Abnehmer fossiler Brennstoffe aus Russland aus.

Druck auf Unternehmen in Zentralasien

Die jüngste Runde der Sanktionen durch die EU und Großbritannien traf auch Firmen aus Zentralasien. Das berichtet „ASIAPlus“. Die neue Liste der EU umfasst 83 Einträge, darunter 48 Personen und 53 Organisationen. Bei den Unternehmen auf der Liste handelt es sich neben russische Unternehmen auch um Firmen aus China, Indien, Singapur, den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Türkei, Kasachstan und Usbekistan. Konkret betroffen sind Firmen aus Almaty, MetallStan und Kazstanex sowie die in Taschkent ansässige LLC Uzstanex.

Die kasachische Elem Group und die Da Group 22 wurden bereits im Februar 2024 beziehungsweise Juni letzten Jahres in die Liste aufgenommen. Im Sommer 2024 tauchten die kirgisischen Unternehmen Muller Markt und Profflab auf der Liste auf. Die usbekischen Unternehmen Alfa Beta Creative, GFK Logistics Asia und Mvizion wurden im Jahr 2023 auf die schwarze Liste gesetzt.

Unter den „Neulingen“ auf der britischen Sanktionsliste sind auch zwei Unternehmen mit Sitz in Kirgisistan. Konkret wurde die Keremet Bank als „ausländisches Finanzinstitut, das Russland unterstützt“, in das Register aufgenommen. Nach Angaben britischer Beamter erbringt die in Bischkek ansässige Bank Dienstleistungen für russische Partner im Finanzsektor, der für die russische Regierung von strategischer Bedeutung ist. Außer dem Kreditinstitut wurde auch die Rama Group, die ihren Sitz ebenfalls in der kirgisischen Hauptstadt hat, in die Sanktionsliste aufgenommen. Das Unternehmen wird verdächtigt, Technologien und Waren im Bereich der Mikroelektronik nach Russland zu liefern.

Slowakischer Ministerpräsident fordert Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen

Der slowakische Premierminister Robert Fico bekräftigte seine Ablehnung weiterer Hilfen für die Ukraine und forderte Kyjiw auf, den russischen Gastransit nach Europa über die Ukraine wiederherzustellen. Dies berichtet die Kyiv Post.

In einem Facebook-Post betonte Fico, er werde die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die Invasion Moskaus „weder finanziell noch militärisch“ unterstützen. Fico stellte zudem das Prinzip „Frieden durch Stärke“ in Frage und kritisierte die Entscheidung der Ukraine, den Transit von russischem Gas einzustellen.

„Die Slowakische Republik fordert, dass die Schlussfolgerungen eine ausdrückliche Aufforderung zur Wiederaufnahme des Gastransits durch die Ukraine in die Slowakische Republik und nach Westeuropa enthalten“, sagte Fico. Der russische Gastransit nach Europa über die Ukraine wurde am 1. Januar eingestellt, nachdem der letzte Transitvertrag ausgelaufen war und die Ukraine sich nach der russischen Invasion 2022 gegen eine Verlängerung des Vertrags entschieden hatte.

Fico fügte hinzu, dass „es unmöglich ist, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu gewährleisten, wenn die russischen Gaslieferungen durch die Ukraine nicht wiederhergestellt werden.“

[Slovakia's Fico Demands Ukraine to Transit Russian Gas, Threatens to Block EU Aid](#)

EU veröffentlicht Sanktions-Alert zu Sperrholz

Sperrholz (KN 4412) - und insbesondere Birken-sperrholz (KN 44123310) – sind nach Einschätzung der EU eine wichtige Einnahmequelle für Russland und Belarus. Die EU-Sanktionen verbieten deshalb den Kauf, die Einfuhr oder die Weitergabe, direkt oder indirekt, von Sperrholz und Sperrholz und anderen Holzprodukten, die ihren Ursprung in Russland oder Belarus haben oder von dort ausgeführt werden. Damit verbundene Dienstleistungen, einschließlich Vermittlungsdienste, logistische Unterstützung und Lagerhaltung, sind ebenfalls verboten. Darüber hinaus sind mehrere Oligarchen mit Verbindungen zur Oligarchen mit Verbindungen zur Holzindustrie in Russland und Weißrussland auf der Liste der EU-Sanktionen, die unter anderem ein Verbot enthalten, ihnen direkt oder indirekt Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Die veröffentlichte zu dem Thema nun einen Sanktions-Alert auf Ihrer Internetseite und warnt vor Umgehungsgeschäften:

Um ihr Sperrholz in die EU zu verkaufen, griffen russische und belarussische Hersteller auf Unternehmen in Drittländern zurück, die ihre Produkte umpacken und neu etikettieren. Diese Unternehmen versuchten, den tatsächlichen Ursprung der Produkte zu verschleiern indem sie falsche oder irreführende Dokumente vorlegen, darunter Rechnungen, Ursprungszeugnisse, Nachweise über den Ernteort und Bescheinigungen unabhängiger Dritter, z. B. das grüne Label.

Es wird dringend empfohlen, den Ursprung von importiertem Sperrholz einer verstärkten Sorgfaltspflicht zu unterziehen. Dies gelte für Erstplatzierer auf dem EU-Markt sowie für Zwischenhändler (z. B. Lagerhalter) und Endverbraucher.

[EU sanctions alert: High risk of circumvention - Import of plywood - European Commission](#)

4. Russland

Friedensverhandlungen in Saudi-Arabien – Russland verlangt Aufhebung von Sanktionen

Russland und die Ukraine haben sich unter US-Vermittlung dazu bereiterklärt, eine 30-tägige Waffenruhe zur Sicherung der zivilen Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer umzusetzen, die russische Regierung knüpft ihre Zusagen für eine Einstellung von Angriffen auf den Seeverkehr aber an Bedingungen und versucht insbesondere, damit eine Teil-Aufhebung westlicher Sanktionen zu erreichen.

Die Unterhändler hatten sich bei den Gesprächen im saudischen Riad nach US-Angaben darauf verständigt, auf Gewalt gegen Schiffe auf dem Schwarzen Meer verzichten zu wollen. Handelsschiffe sollen demnach zudem nicht für militärische Zwecke genutzt werden. Russland werde die Vereinbarung zur sicheren Schifffahrt erst dann umsetzen, wenn weitreichende Sanktionen aufgehoben würden, teilte laut verschiedenen Medienberichten die russische Regierung mit.

- So sollen die russische staatliche Landwirtschaftsbank Rosselchosbank und andere Geldhäuser wieder Zugang zum internationalen Finanztelekommunikationssystem Swift erhalten.
- Außerdem verlangt Russland ein Ende des Embargos auf den Import von Landwirtschaftstechnik und anderen Waren, die für die Herstellung von Lebensmitteln und Dünger notwendig sind.
- Auch Sanktionen gegen Häfen und gegen Schiffe, die unter russischer Flagge fahren und bestimmte Güter transportieren, sollen aufgehoben werden.

Nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow will Russland den Seeweg für seine Getreide- und Düngemitteltransporte nutzen – ohne das Risiko, angegriffen zu werden. Von ukrainischen Angriffen auf zivile Schiffe, die Russland anlaufen, ist allerdings nichts bekannt. Zudem hat etwa die EU ausdrücklich keine Sanktionen gegen russische Getreideexporte eingeführt, weil diese für die Welternährung als wichtig eingestuft werden. Experten sehen daher in den russischen Forderungen einen Versuch, das im globalen Süden verbreitete angebliche Narrativ, der Westen sanktioniere die russische Landwirtschaft, zu unterlegen. Neben der Ausfuhr von Getreide sei für Russland vor allem der sichere Ölexport über das Schwarze Meer wichtig, erklärten russische Vertreter.

Die Ukraine warnte vor einer Schwächung der Sanktionen. Die Rücknahme von Handelsbeschränkungen für Agrarprodukte und ein erneuter russischer Zugang zum Finanzsystem Swift würden die Position des Westens gegenüber Russland schwächen, sagte Selenskyj in Kiew. Die Ukraine stellte ihrerseits weitere Bedingungen auf:

- Russische Kriegsschiffe dürften nicht in der westlichen Hälfte des Schwarzen Meeres auftauchen, sonst würden sie angegriffen, teilte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit.

US-Präsident Donald Trump teilte mit, Lockerungen von Sanktionen gegen Russland prüfen zu wollen. Dafür müsste er allerdings auch Absprachen mit der EU und anderen Ländern treffen. Swift wird beispielsweise von Belgien aus koordiniert. In einer amerikanisch-russischen Erklärung hieß es, die USA würden „dazu beitragen, Russlands Zugang zum Weltmarkt für Agrar- und Düngemittelexporte wiederherzustellen, die Kosten für die Seeversicherung zu senken und den Zugang zu Häfen und Zahlungssystemen für derartige Transaktionen zu verbessern“.

Uneins sind sich die Seiten auch bei einem Stopp der gegenseitigen Angriffe auf Energieanlagen. Eine solche auf 30 Tage begrenzte Feuerpause war Anlass der Verhandlungen in Saudi-Arabien, doch an einer Verwirklichung gibt es Zweifel. In den offiziellen Mitteilungen kam sie nur am Rande vor. Man sei sich einig, Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zu entwickeln, teilten die USA mit. Russland meldete zudem, sich mit den USA darauf geeinigt zu haben, Angriffe gegen bestimmte Ziele in der Energieinfrastruktur auszusetzen. Eine Liste entsprechender Ziele, die aber nur der Kreml veröffentlichte, enthält unter anderem Ölraffinerien, Öl- und Gaspipelines, Atomkraftwerke und Umspannwerke.

Zudem hieß es von der russischen Regierung, man halte sich seit dem 18. März– also seit einem Telefonat Trumps mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin an diese Absprache. Allerdings verstärkte Russland zuletzt deutlich seine Luftangriffe auf zivile Ziele in der Ukraine. Die Ukraine betont dabei, dass auch erneut kritische Infrastruktur zur Energieerzeugung dabei in Mitleidenschaft gezogen worden seien.

Kritik an den geplanten Zugeständnissen der USA an Russland kommt von westlichen Beobachtern. Der Politikexperte und Sicherheitsberater Nico Lange etwa schrieb auf der Plattform X, Russland sei im westlichen Schwarzen Meer bereits besiegt worden. Er erinnerte daran, dass die Ukraine bereits erfolgreich die Öffnung von Handelsrouten erkämpft habe. Für die heutige Übereinkunft habe Russland sich fast nicht bewegt, erhalte aber „Erleichterungen bei einigen Sanktionen und neue Einnahmen für seine Kriegsmaschinerie“, kritisierte Lange. Auch der Wirtschaftswissenschaftler und Russlandexperte Janis Kluge von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) betonte, dass Russlands Zustimmung zu einer Schwarzmeerinitiative kein großer Gewinn für die Ukraine sei.

Noch ist der Fortgang der Verhandlungen unklar. Kreml-Sprecher Peskow sagte, Dreier-Gespräche zwischen Russland, den USA und der Ukraine seien derzeit ebenso wenig geplant wie ein Gespräch zwischen Russlands Präsident Putin und US-Präsident Trump. Nur einen Tag nach den Gesprächen über eine Waffenruhe im Schwarzen Meer hat Moskau die Ukraine offenbar mit zahlreichen Flugkörpern attackiert. Präsident Selenskyj konstatiert: Russland strebe keinen echten Frieden an.

Medienberichte:

[Schwarzes Meer: Russland macht Lockerung von Sanktionen zur Bedingung für Waffenruhe | ZEIT ONLINE](#)

[Ukraine: Russland – Waffenstillstand nur gegen Aufhebung von Sanktionen](#)

[Ukraine-Krieg - Selenskyj kritisiert USA wegen angestrebter Aufhebung von Russland-Sanktionen](#)

----- **Neue Statistik zum Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland**

Sechs von zehn ausländischen Großunternehmen, die vor 2022 in Russland mit eigenen Vermögenswerten vertreten waren, haben das Land bis Ende 2024 verlassen. Das gab eine Untersuchung der Unternehmensberatung Kept (früher KPMG) in Russland. Die Analysten berücksichtigen in ihrer Untersuchung 305 Unternehmen mit einem Jahresumsatz in Russland von mindestens 1 Mrd. Rubel (11 Millionen Euro). Bis Ende 2024 haben 183 von ihnen bzw. 62 Prozent ihren Rückzug abgeschlossen. Ein Jahr zuvor lag der Anteil bei 55 Prozent. Sieben weitere wurden unter staatliche Verwaltung gestellt, 19 befinden sich noch im Rückzugsprozess.

Am geringsten ist die Rückzugsquote unter den betrachteten Unternehmen aus Belgien (20 Prozent), Italien (22 Prozent), der Schweiz (38 Prozent) und Österreich (50 Prozent). Für die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien gibt der Bericht nur eine prozentuale Spannbreite an. Diese liegt zwischen 59 bis 67 Prozent.

Kept überwachte für die Statistik mehr als 300 ausländische Unternehmen. Nicht in die Stichprobe aufgenommen wurden Unternehmen, deren Russlandgeschäft sich nur auf den Vertrieb importierter Produkte der Gruppe konzentriert. Diesen Unternehmen ist der Ausstieg aus Russland in der Regel leichter gefallen. Grund sind die hohen Hürden, die die russische Regierung inzwischen für ein Deinvesting in Russland aufgestellt hat: Alle Transaktionen, die den Verkauf ausländischer Unternehmen betreffen, müssen von einem Unterausschuss der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen genehmigt werden. Der Unterausschuss wird von Finanzminister Anton Siluanow geleitet.

Bis Ende 2024 hatten 183 Unternehmen aus der Kept-Stichprobe ihren Rückzug aus dem russischen Markt abgeschlossen. Die meisten von ihnen verkauften ihre Vermögenswerte an ein russisches Unternehmen (103 Fälle) oder an das lokale Management (40 Fälle). In 17 Fällen zogen sich Ausländer aus einem Joint Venture mit einem russischen Partner zurück, in 14 Fällen schlossen sie das Unternehmen oder stellten den Betrieb ein. Neun Exit-Transaktionen wurden mit einem ausländischen Käufer abgewickelt. Für 96 ausländische Unternehmen - etwa ein Drittel der gesamten untersuchten Stichprobe - gab es keine Informationen über einen Rückzug vom russischen Markt. Im Allgemeinen setzen diese Unternehmen ihre normale Geschäftstätigkeit fort, so die Schlussfolgerung von Kept.

Weitere 19 Unternehmen sind laut Kept im Begriff, sich zurückzuziehen und sieben ausländische Vermögenswerte wurden unter staatliche Verwaltung gestellt. Dazu gehören beispielsweise das Joint Venture der Brauereien AB InBev (USA, Belgien) und Efes (Türkei), das russische Geschäft des Haushaltsgeräteherstellers Ariston (Italien) und das Agrarunternehmen Agrotterra des Fonds NCH Capital (USA).

Die häufigsten Entscheidungen, Russland zu verlassen, wurden von Unternehmen aus nordeuropäischen Ländern getroffen: Der Anteil ihrer Entscheidungen, Russland zu verlassen, lag in der Kept-Stichprobe bei 94 Prozent und die Gesamtzahl der Geschäfte betrug 45. Nach Angaben von Kept haben alle 20 finnischen Unternehmen der Stichprobe

ihre Ausstiegsgeschäfte in Russland bereits abgeschlossen. Auch 13 von 15 schwedischen Unternehmen haben sich bereits aus Russland zurückgezogen, für zwei Unternehmen sind noch Geschäfte in Vorbereitung. In Norwegen und Island liegt der Anteil der Ausstiegsentscheidungen bei 100 Prozent, was sich durch die geringe Zahl der in Russland vertretenen Unternehmen aus diesen Ländern erklären lässt. „Etwas abgeschlagen liegt Dänemark mit 73 Prozent der abgeschlossenen Exits: Die Probleme von Carlsberg haben die Entscheidung mehrerer anderer dänischer Unternehmen beeinflusst“, so Kept. Bei Unternehmen aus den USA, Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich liegt der Anteil der Unternehmen, die sich aus Russland zurückgezogen haben, bei 59 bis 67 Prozent der Kept-Stichprobe. Der höchste Anteil an Exits findet sich in den ehemaligen Besitzungen der britischen Krone: Kanada, Australien und Neuseeland - 100%.

Laut Gorschkow verließen Unternehmen aus Italien, Belgien und der Schweiz Russland in geringerer Zahl, da die lokale Wirtschaft hier vor allem durch Leichtindustrie, Einzelhandel, Textilproduktion und Pharmaindustrie vertreten ist. „Dies sind die nicht sanktionierten Produktkategorien, die nach Russland exportiert werden dürfen. Die lokalen Hersteller wollen den russischen Markt wegen der sich ständig ändernden politischen Agenda und Nachrichtenlage einfach nicht verlieren“, sagt er. Der Anwalt weist auch darauf hin, dass der Ruf der Unternehmen in diesen Ländern möglicherweise eine wesentlich geringere Rolle spielt als in Deutschland oder Frankreich.

Insgesamt verzeichnete Kept im Jahr 2024 59 Exit-Deals mit einem Gesamtvolumen von rund 4,5 Mrd. USD, was gegenüber 2023 einen Rückgang um 45 Prozent bei der Anzahl der Deals und um 54 Prozent beim Barvolumen bedeutet. Die Gründe für diese Dynamik liegen an der Oberfläche, räumen die Analysten ein: „Die regulatorischen Beschränkungen werden immer strenger, so dass nur wenige der Unternehmen, die sich 2022 oder 2023 nicht für einen Ausstieg entschieden haben, diese Entscheidung 2024 treffen werden. Im Jahr 2024 haben die russischen Behörden den Mindestabschlag für Ausländer, die Vermögenswerte in Russland verkaufen, von 50 auf 60 Prozent erhöht und den Beitrag zum Haushalt von 15 auf 35 Prozent ihres Wertes angehoben.

Laut E-Budget-Daten vom 21. März belaufen sich die Beiträge zur Staatskasse aus Transaktionen, die den Verkauf ausländischer Vermögenswerte betreffen, seit Anfang 2025 bereits auf 72,49 Mrd. RUB (790 Millionen Euro), während der Haushalt im gesamten letzten Jahr 161,79 Mrd. RUB (1,8 Milliarden Euro) an solchen Beiträgen erhalten hat. In den Haushaltseinnahmen werden diese Einnahmen als „Unentgeltliche Einnahmen von nichtstaatlichen Organisationen“ ausgewiesen.

Westliche Regulierungsbehörden haben ebenfalls dazu beigetragen, den Prozess des Rückzugs ausländischer Unternehmen aus Russland zu erschweren, stellt Kept fest. Im Laufe des Jahres nahm der Druck auf die in Russland vertretenen internationalen Banken ständig zu, unter anderem mit der Forderung, die Abwicklung von Zahlungen für grenzüberschreitende Transaktionen stark einzuschränken oder einzustellen, und die Liste der sanktionierten russischen Banken wurde erheblich erweitert, erklärt Kept. „Dies hatte zur Folge, dass bewährte Zahlungskanäle für viele Käufer nicht mehr zur Verfügung standen und komplexere und risikoreichere Mechanismen erforderlich wurden, darunter die Nutzung von GUS-Banken und Zahlungsagenten“, so die Analysten.

[В Kept назвали недружественные страны, чей бизнес чаще остается в России — РБК](#)

Bedingungen für Rückkehr nach Russland

In der russischen Regierung wachsen aufgrund der amerikanischen Entspannungssignale offenbar die Erwartungen auf baldige Rückkehr westlicher Unternehmen auf den russischen Markt. Aus diesem Grund werden nun Bedingungen für eine solche Rückkehr formuliert.

Kremlchef Wladimir Putin will ausländische Firmen, die nach Russland zurückkehren, einer scharfen Prüfung unterziehen, berichtet n-tv. „Es wird keine Privilegien und Vorzüge für Rückkehrer geben“, sagte Putin der russischen Nachrichtenagentur Interfax zufolge bei einem Kongress des russischen Industriellen- und Unternehmerverbands.

Moskau setzt darauf, dass nach der Beendigung des Ukrainekriegs das Interesse von Investoren an Russland wieder steigt. Russland bleibe ein offenes Land. Wer wiederkommen wolle, solle das auf Wettbewerbsgrundlage im Rechtsrahmen tun, sagte Putin. Er wies demnach die Regierung an, die Liste ausländischer Unternehmen, die ihre Arbeit in Russland beendet haben, zu aktualisieren. Die Interessen der russischen Wirtschaft müssten im Fall der Rückkehr ausländischer Firmen geschützt werden. Gleichzeitig sollten die Regeln der Welthandelsorganisation WTO eingehalten werden, deren Mitglied Russland weiterhin ist.

Außerdem werde genau zwischen den einzelnen ausländischen Unternehmen unterschieden, kündigte der Staatschef an. Es gebe solche, die Russland auf politischen Druck ihrer Länder verlassen, Personal und Technologie aber zurückgelassen und die Führung einem russischen Management übergeben hätten. Sie hätten im Grunde weiter auf dem russischen Markt gearbeitet, nur unter einer anderen Marke. Sie würden respektiert.

Aber es gebe auch Unternehmen, die demonstrativ die Tür zugeschlagen hätten und ihr russisches Segment verkaufen wollten. Sie hätten sich aber das Recht zum Rückkauf behalten. Er weise die Regierung an, solche Geschäfte genau zu verfolgen, sagte Putin. Es dürfe nicht passieren, dass die Eigentümer, die Unternehmen zum schlechten Preis verkauft und ihrem Schicksal überlassen hätten, es zum gleichen bescheidenen Preis zurückkauften.

Die Grundsätze der Zusammenarbeit müssen sich ändern, sagte der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Denis Manturow auf dem Jahreskongress der Russischen Union der Industriellen und Unternehmer laut Wedomosti. Russische Begünstigte sollten die Kontrolle über Joint Ventures haben, und die einheimische Seite sollte Rechte an Technologien haben. Ausländer sollten nur in jenen Nischen zugelassen werden, in denen Russland bereit ist, seine Souveränität zu teilen, sagte der Erste Stellvertretende Ministerpräsident. Zuvor hatte er erklärt, dass Russland nur solche Unternehmen zulassen werde, an denen es auf seinem Markt interessiert sei.

Westliche Firmen werden für eine Rückkehr eine Erlaubnis der russischen Regierung benötigen. Das hat laut einem Bericht von Wedomosti das Finanzministerium in Moskau bekanntgegeben. Zuständig für Anträge sei die Regierungskommission zur Kontrolle

ausländischer Investitionen. Wirtschaftsminister Maxim Reschetnikow bestätigte laut diesem Bericht, dass es zudem neue Anforderungen in Bezug auf Lokalisierung, Investitionen und Technologietransfer geben werde. Laut Aussagen der Regierungskommission für Auslandsinvestitionen sind noch keine Anträge ausländischer Unternehmen auf Rückkehr auf den russischen Markt eingegangen. Darüber berichtete das russische Medium Wedomosti am 19. März.

Die Rückkehr ausländischer Unternehmen sei ein sensibles Thema für die russische Wirtschaft, sagte Alexander Schochin, Vorsitzender des Russischen Verbands der Industriellen und Unternehmer (RSPP), in einer Rede auf dem Jahreskongress des RSPP. Er fügte hinzu, dass die russischen Unternehmen nicht die Absicht hätten, ihre Nischen an „Rückkehrer“ abzutreten. Es sei notwendig, einen Mechanismus zum Schutz der einheimischen Wirtschaft im Voraus zu schaffen, sagte Schochin.

Der russische Elektronikhersteller-Verband ARPE behauptet in einem Brief an Premierminister Michail Mischustin, dass ausländische IT-Anbieter bereits wieder mit der Personalsuche in Russland begonnen hätten und dabei auch an ihre ehemaligen russischen Mitarbeiter herantreten würden, die jetzt bei heimischen Unternehmen beschäftigt sind. Eine Rückkehr der Konkurrenz würde die „Anti-Sanktions-Investitionen“ der Branche seit 2022 gefährden, warnt der Verband. Zu seinen Anregungen an die Regierung gehören ein 30-Prozent-Zoll auf Importausrüstung, die Markierung von Produkten der weggegangenen Unternehmen analog zu den Warnhinweisen auf Zigarettenpackungen und die Forderung an potenzielle Rückkehrer, die Russlandsanktionen des Westens zu verurteilen.

[Staat prüft jeden Einzelfall: Putin stellt Unternehmen bei Rückkehr keine Vorzüge in Aussicht - n-tv.de](#)

[Власти прорабатывают условия возвращения иностранных компаний в Россию - Ведомости](#)

[IT-компании попросили о поддержке на случай возвращения западных игроков — РБК](#)

[Правкомиссия пока не получала заявок от иностранного бизнеса на возвращение в РФ - Ведомости](#)

[В Кепт назвали недружественные страны, чей бизнес чаще остается в России — РБК](#)

Sanktionsumgehung mit Hilfe von Kryptowährung

Jüngsten Berichten zufolge verwendet Russland zunehmend die Krypto-Stablecoin Tether (USDT) bei internationalen Transaktionen, um westliche Sanktionen zu umgehen. Darüber berichtet BME Intellinews. USDT ist aufgrund seiner Kopplung an den US-Dollar und der im Vergleich zu traditionellen Banken sehr niedrigen Transaktionskosten eine bevorzugte Kryptowährung für diese Art von Geschäften. In der Zwischenzeit besteht die Wahrscheinlichkeit, dass sich Geschäfte mit dieser Art von Kryptowährung weiter verbreiten, da Stablecoins zunehmend von den Aufsichtsbehörden akzeptiert würden.

Da einige russische Unternehmen vom globalen Zahlungsnetzwerk SWIFT abgeschnitten sind und keinen Zugang zum US-Dollar haben, haben sie sich Kryptowährungen zugewandt, um Geld ins Ausland zu transferieren, während die Zentralbank Unternehmen die Nutzung digitaler Vermögenswerte für den internationalen Handel erlaubt hat, berichtet BNE. Jüngsten Berichten zufolge hat Russland Kryptowährungen, vor allem Tether, aktiv genutzt, um Öltransaktionen mit China und Indien zu erleichtern. Dieser Ansatz ermöglicht die Umrechnung von chinesischen Yuan und indischen Rupien in russische Rubel und umgeht so die traditionellen Finanzinstitute, die durch die Sanktionen gegen Russland nach der Invasion der Ukraine im Februar 2022 eingeschränkt sind.

[bne IntelliNews - Tether emerges as a key crypto for Russia's foreign trade.](#)

Putin erlaubt US-Hedgefonds Kauf von Wertpapieren

Der russische Präsident Wladimir Putin hat einen US-Hedgefonds ermächtigt, Wertpapiere russischer Unternehmen von elf anderen Fonds zu kaufen, die größtenteils in den USA und Großbritannien ansässig sind, wie aus einem jetzt veröffentlichten Präsidentenerlass hervorgeht. Darüber schreibt die „Moscow Times“.

Das Dekret folgt Putins Anordnung vom August 2022, die es US-amerikanischen und anderen Investoren aus Ländern, die von Russland als „unfreundlich“ eingestuft werden, verbietet, ohne seine persönliche Zustimmung Wertpapiere russischer Unternehmen im Energie-, Brennstoff- und Bankensektor zu kaufen oder zu verkaufen. Das neue Dekret erlaubt es 683 Capital Partners LP, Wertpapiere russischer Unternehmen von sechs US-amerikanischen, vier britischen und einem singapurischen Investmentfonds zu kaufen. Darüber hinaus sind zwei russische Unternehmen, Tsefey-2 und Sovremennye Fondy Nedvizhimosty, berechtigt, Wertpapiere von 683 Capital zu erwerben, ohne die Zustimmung Putins einzuholen. Das 2006 von Ari Zweiman gegründete Unternehmen 683 Capital mit Sitz in New York verwaltete laut Bloomberg Ende 2023 Vermögenswerte in Höhe von 1,95 Mrd US-Dollar.

Unabhängig davon haben Vertreter der USA und Russlands erste Kontakte hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit dem staatlich kontrollierten russischen Energieriesen Gazprom aufgenommen, berichtete „Bloomberg“ vergangene Woche unter Berufung auf anonyme Quellen. Putin erwähnte kürzlich die Möglichkeit einer amerikanisch-russischen Energiekooperation.

Das Präsidialdekret wurde nur einen Tag vor Putins geplantem heutigem Telefonat mit US-Präsident Donald Trump unterzeichnet, bei dem die beiden Staatsoberhäupter über einen vorgeschlagenen Waffenstillstand in der Ukraine sprechen sollen. In einem Gespräch mit Reportern an Bord der Air Force One sagte Trump, er werde mit Putin über „Land“ und „Kraftwerke“ sprechen und fügte hinzu, dass Gespräche über die „Aufteilung bestimmter Vermögenswerte“ zwischen Russland und der Ukraine bereits im Gange seien.

Exit von ausländischen Unternehmen – verkürzte Fristen

Das russische Finanzministerium hat im Februar die Regeln für den Rückzug ausländischer Investoren aus dem Kapital russischer Unternehmen kompliziert. Vom Zeitpunkt der Erstellung eines Berichts über die Bewertung des Vermögenswertes bis zur Sitzung des Unterausschusses der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in Russland dürfen nun nicht mehr als drei Monate vergehen. „Der Antragsteller hat dafür zu sorgen, dass spätestens drei Monate vor der Sitzung der Unterkommission ein Bericht über die Bewertung des Gegenstands der Transaktion (des Vorgangs) einschließlich seiner Aktualisierung vorgelegt wird. Gleichzeitig darf der Zeitraum zwischen der Bewertung des Gegenstands der Transaktion (des Vorgangs) und der Erstellung des Berichts über die Bewertung des Gegenstands der Transaktion (des Vorgangs) sechs Monate nicht überschreiten“, heißt es in dem aktualisierten Formular, das am 21. Februar auf der Website des Finanzministeriums veröffentlicht wurde, heißt es in einem Bericht von RBC.

Bis Februar 2025 konnte der Bericht über die Bewertung des Vermögenswerts (Kapitalanteil am Unternehmen) sechs Monate vor der Sitzung des Unterausschusses erstellt werden. Wie die Quelle von RBC im Finanzministerium erklärte, war die Änderung notwendig, um „den Beitrag (zum Bundeshaushalt) genauer zu berechnen“. Die Quelle von RBC in einem der Unternehmen, die sich vor der Änderung der alten Regeln beworben hatten, sagt, dass etwa 90 Unternehmen, deren russische Eigentümer planten, die Kapitalanteile ausländischer Investoren aufzukaufen, von dem Genehmigungsverfahren ausgeschlossen wurden. Diese Unternehmen waren dabei, im Herbst 2024 einen Bewertungsbericht zu erstellen. Sie reichten ihre Anträge je nach Fachgebiet über das Industrie- und Handelsministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Bauministerium ein. Nun müssen die Antragsteller das Unternehmen neu bewerten und ein Bewertungsgutachten erstellen. Der Gesprächspartner von RBC weist darauf hin, dass die Bewertung und der Bericht nun zwischen 0,5 und 2 Millionen Rubel kosten, und dass die Unternehmen diese Kosten nicht erstattet bekommen und die Bewertung erneut in Auftrag gegeben werden muss.

Die russische Regierung ließ Anfragen von RBC zur Entwicklung unbeantwortet.

Juri Nikolajew, geschäftsführender Partner der in Moskau ansässigen Anwaltskanzlei Nikolaev & Partner, erklärte gegenüber RBC, dass die Zahl der Ablehnungen von Unternehmen, die einen Antrag auf Übernahme von Anteilen ausländischer Partner gestellt haben, in den letzten Monaten stark zugenommen hat. „Die meisten Beschwerden, die bei uns eingehen, beziehen sich auf solche Ablehnungen. Und die Ablehnungen erfolgen nicht nur auf der Ebene der Rechtskommission, wo nichts unternommen werden kann, sondern auch auf der Ebene der zuständigen Ministerien. Diese Ablehnungen hängen unter anderem mit den versäumten Bewertungsfristen zusammen“, sagte er.

[Власти сократили срок действия отчетов для согласования ухода иностранцев — РБК](#)

China-Transitwaren in Russland beschlagnahmt

Chinesische Logistikunternehmen klagen über Probleme beim Transit ihrer Lieferungen nach Europa durch Russland: Gegenüber der in Hongkong erscheinenden Tageszeitung South China Morning Post (SCMP) berichten Unternehmen von Beschlagnahmungen ihrer Ware durch russische Behörden. Grund dafür sei das im Oktober von Russland verschärfte Transitverbot für Dual-Use-Güter in Richtung Westen. Seitdem gingen die Transporte aus China zurück, manche Unternehmen trauen sich seit November nicht mehr, Waren durch Russland zu schicken. Von dem Verbot betroffen sind u. a. Elektromotoren, Radare und Navigationsgeräte. Laut der Wirtschaftszeitung RBC gelangen jeden Monat rund 80.000 Standardcontainer (TEU) Waren durch Russland über die Schiene nach Europa

[Russian goods seizures cause havoc on China-Europe rail link: 'big impact' | South China Morning Post](#)

Verfahren zur Beschlagnahmung von ausländischem Eigentum in Abstimmung

Die russische Regierung hat ein Verfahren zur Entschädigung für Schäden vorbereitet, die Russland oder seiner Zentralbank (CB) durch andere Länder zugefügt wurden, wie das Wirtschaftsmedium Wedomosti berichtet. Der vom Justizministerium ausgearbeitete Gesetzesentwurf wurde vom Kabinett gebilligt und nun dem russischen Parlament zur Zustimmung vorgelegt.

Hintergrund ist ein Dekret, das Russlands Präsident Putin im Mai 2024 unterzeichnet hatte und das „im Zusammenhang mit unfreundlichen und völkerrechtswidrigen Handlungen der Vereinigten Staaten“ bereits Maßnahmen zur Einführung eines Entschädigungsverfahrens anordnete. Der Erlass schreibt das Verfahren zur Bewertung des Schadens und zur Überprüfung der Berechtigung des Anspruchs sowie die Aufforderung an die Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen vor, eine Liste des Eigentums der USA und damit verbundener ausländischer Einrichtungen in Russland vorzulegen, die zur Entschädigung des Schadens herangezogen werden können.

In demselben Erlass wird eine Änderung der Rechtsvorschriften zur Umsetzung des Dekrets angeordnet. Der Gesetzesentwurf des Justizministeriums sieht vor, dass die Klage beim Schiedsgericht des Moskauer Gebiets eingereicht werden muss. Es ist auch festgelegt, wer die Kläger sein können: Die Russische Föderation, die Zentralbank, ein von der Regierung bestimmtes föderales Exekutivorgan oder die Generalstaatsanwaltschaft. Der Beklagte ist ein ausländischer Staat. Wenn das Eigentum einer natürlichen oder juristischen Person in der Liste aufgeführt ist, wird diese als Mitbeklagte in den Prozess einbezogen. Die gerichtliche Entscheidung zur Befriedigung der Forderung unterliegt der sofortigen Vollstreckung, so der Wortlaut des Gesetzesentwurfs.

Maria Udodova, leitende Anwältin der BGP Litigation-Praxis für Compliance- und Sanktionsrecht, wies darauf hin, dass das Urteil in einem besonderen Verfahren vollstreckt werden wird. Eine staatliche Einrichtung oder Organisation sowie die Bank von Russland werden die Rechte des Rückforderers haben. Die Verweigerung der

Entgegennahme des Eigentums durch den Verwerter und der Abschluss einer Vergleichsvereinbarung ist nur mit Zustimmung der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen möglich.

„Das zurückgewonnene Eigentum wird den zuständigen Stellen zur Umwandlung in Staatseigentum übergeben“, erklärte sie. Udodowa wies darauf hin, dass die formale Zwangsvollstreckung sowohl auf Staatsvermögen als auch auf Privateigentum unfreundlicher Staaten angewendet werden kann. „Diese Maßnahme ist eine Reaktion auf das im April 2024 verabschiedete US-Gesetz, das die Beschlagnahmung von russischem Staatsvermögen ermöglicht. Bislang ist das Gesetz noch nicht in Kraft getreten, so dass es verfrüht ist, über die tatsächliche Beschlagnahme ausländischer Vermögenswerte zu sprechen“, so der Anwalt.

[Минюст разработал процедуру конфискации иностранного имущества в России - Ведомости](#)

Härtere Strafen für Unterstützer russlandkritischer Positionen

Abgeordnete der Staatsduma legten dem russischen Parlament drei Gesetzentwürfe vor, die darauf abzielen, „den Schutz der Souveränität zu gewährleisten und eine Einmischung in die Innenpolitik Russlands zu verhindern“, sagte die stellvertretende Sprecherin Irina Jarowaja laut der unabhängigen Nachrichtenagentur Meduza. Laut Jarowaja schlagen die Verfasser der Gesetzentwürfe harte Strafen für Personen vor, die russlandkritische Positionen unterstützen und fordern die Durchführung von Prozessen in Abwesenheit gegen Personen, die Verbrechen gegen die Sicherheit der Russischen Föderation begangen haben. Zu den Forderungen gehört zudem:

- Bezeichnung von Personen als „ausländische Agenten“, die ausländische Organisationen, die „den Interessen der Russischen Föderation zuwiderhandeln“, unterstützen
- Freiheitsentzug von bis zu sieben Jahre und Beschlagnahme von Eigentum bei Unterstützung für internationale Organisationen, an denen Russland nicht beteiligt ist, insbesondere dem Internationalen Strafgerichtshof;
- Haft von bis zu fünf Jahren und Beschlagnahmung von Eigentum wegen „Diskreditierung“ der russischen Armee und Forderung nach Sanktionen gegen Russland.

[В Госдуму внесли пакет законопроектов, направленных «на обеспечение защиты суверенитета России». Депутаты предлагают лишать свободы за содействие международным организациям — Meduza](#)

Südkoreanischer Autobauer kehrt angeblich nach Russland zurück

Der südkoreanische Autobauer KGM ist offenbar nach Russland zurückgekehrt. Am 12. März gab der offizielle Vertriebspartner der Marke in Russland, Racks Motors, den

Verkaufsstart für vier SUVs des Autobauers bekannt. KGM ist besser bekannt unter seinem alten Namen SsangYong. Das Unternehmen hatte im Jahr nach der Annexion der Krim durch Russland das Land 2015 verlassen. Zuletzt gelangten seine Wagen über den Parallelimport nach Russland. Ab dem Herbst soll die lokale Fertigung von KGM-Autos für den russischen Markt in der Fabrik des Vertragsbauers Awtotor in Kaliningrad starten. Racks Motors hatte die Rückkehr von KGM nach Russland bereits im vergangenen Herbst angekündigt. Im internationalen Newsroom der Koreaner wird das russische Engagement nicht erwähnt.

[Бывший Ssang Yong официально выйдет на российский рынок в 2025 году :: Autonews](#)

Verbot der Übertragung von Personendaten ins Ausland

Ab dem 1. Juli sind Unternehmen in Russland dazu verpflichtet, personenbezogene Daten ausschließlich auf in Russland befindlichen Servern zu sammeln und zu verarbeiten. Das von der Duma bereits am 18. Februar beschlossene Gesetz verschärft die seit 2015 bestehende Verpflichtung für Unternehmen, personenbezogene Daten in Russland zu speichern. Bisher konnten die Daten noch als Kopien auch im Ausland gehalten werden. Die neuen Auflagen werden grenzüberschreitende Geschäftsabläufe weiter erschweren und treffen insbesondere die Russlandtöchter ausländischer Unternehmen, berichtet Forbes.

[Власти ужесточили требования для бизнеса по хранению персональных данных | Forbes.ru](#)

Licht und Schatten im russischen IT-Sektor

Russlands Technologiesektor fällt technologisch hinter den Rest der Welt zurück, seit er durch Sanktionen abgeschnitten ist, andererseits konnten die führenden Unternehmen ihre Gewinne steigern, nachdem ihr Marktanteil wuchs, sobald alle ihre internationalen Konkurrenten den russischen Markt verlassen hatten, berichtete die Investigativ-Plattform *The Bell* am 24. Februar.

Während der Krieg in der Ukraine den Zugang zu westlicher Software, Hardware und Fachkräften abgeschnitten hat, hat er gleichzeitig die Konsolidierung des Inlandsmarktes vorangetrieben und staatlich unterstützte Unternehmen durch staatliche Aufträge und Importsubstitutionspolitik gestärkt.

Nach einem starken Rückgang im Jahr 2022, als der inländische IT-Markt von seinem Höchststand von drei Billionen Rubel im Jahr 2021 um 10 Prozent schrumpfte, erholte sich der Sektor im Jahr 2023 wieder. *Forbes* schätzt, dass der Gesamtwert der 30 größten russischen Internetfirmen im Jahr 2024 von 55 Milliarden US-Dollar auf 59 Milliarden US-Dollar gestiegen ist, ein Niveau, das zuletzt Anfang 2022 erreicht wurde. Während

Russlands führende Suchmaschine Yandex weiterhin unter ihrem Vorkriegswert liegt, hat sich der Wert der Marktplatzplattform Ozon mehr als verdoppelt.

Der russische E-Commerce-Markt wuchs 2024 um 41 Prozent auf neun Billionen Rubel, was vor allem auf Online-Marktplätze wie Wildberries und Ozon zurückzuführen ist. Analysten stellen fest, dass russische Verbraucher zunehmend traditionelle Suchmaschinen umgehen und stattdessen direkt auf Marktplätzen suchen, eine Entwicklung, die durch den Rückzug großer westlicher Marken und die Zunahme von Parallelimporten beschleunigt wurde.

Staatliche Unterstützung hat auch das Wachstum einheimischer Softwareentwickler und IT-Integratoren angekurbelt. Laut *CNews* stiegen die Einnahmen der 100 größten IT-Unternehmen Russlands im Jahr 2023 um 16 Prozent und erreichten 2,5 Billionen Rubel. *Forbes* berichtet außerdem, dass die Einnahmen der großen Softwareentwickler im Jahr 2024 um 76 Prozent gestiegen sind. Die Sberbank hat ihre Rolle im Technologiesektor reduziert, wo sie vor dem Krieg aggressiv expandiert hatte, während Russlands Antwort auf Facebook, [VK](#), schnell gewachsen ist und versucht, Russlands führendes Online-Unternehmen zu werden.

Viele Unternehmen mussten allerdings hohe Kredite aufnehmen. Dieses Phänomen sei in der gesamten Wirtschaft zu beobachten, da russische Unternehmen und Unternehmer sich beeilen, Anteile an ausscheidenden internationalen Akteuren in den verschiedensten Sektoren zu übernehmen oder aufzukaufen.

Trotz des inländischen Wachstums hat der Technologiesektor Russlands in Schlüsselbereichen wie künstliche Intelligenz und autonome Fahrzeuge an Boden verloren. Ausländische Investitionen in die russische KI-Entwicklung sind weitgehend versiegt, berichtet *The Bell*. Auch die KI-Fähigkeiten Russlands haben sich verschlechtert. Vor dem Krieg waren Sber und Yandex führend in der Forschung zu Large Language Models (LLM). Der Mangel an qualifizierten Fachkräften, der Zugang zu High-End-Grafikprozessoren und die Finanzierung haben jedoch dazu geführt, dass russische Modelle hinter der Konkurrenz zurückbleiben. Stattdessen haben russische Firmen damit begonnen, Open-Source-Modelle anzupassen, anstatt eigene zu entwickeln.

Der Krieg und die anschließende Mobilmachung haben auch eine erhebliche Abwanderung von IT-Fachleuten ausgelöst. Schätzungen zufolge haben seit 2022 mindestens 650.000 Russen das Land verlassen, wobei nur 10 Prozent zurückgekehrt seien. „Mehrere Schlüsselfiguren aus dem LLM-Team von Yandex sind zu OpenAI gewechselt“, berichtete eine Quelle aus der Technologiebranche gegenüber *The Bell*. Eine andere fügte hinzu: „In Russland gibt es praktisch keine Spezialisten mehr, die die für das KI-Training erforderlichen Rechencluster aufbauen können.“ Und da die anhaltende Inflation, die hohe Unternehmensverschuldung und die erdrückenden Zinssätze die Unternehmensgewinne zu schmälern beginnen, kam es in den letzten Monaten zu einer Welle von Entlassungen, da die Manager versuchen, die Kosten zu senken, die die IT-Abteilungen vieler der größten russischen Unternehmen besonders hart getroffen haben. Trotz eines gemeldeten IT-Arbeitskräftemangels von 740.000 Personen haben russische Technologieunternehmen still und leise Mitarbeiter entlassen, wobei einige Massenentlassungen als „Optimierungsmaßnahmen“ tarnen. Unternehmen waren gezwungen, teure, langfristige Projekte aufzugeben, was die Kluft zwischen dem Tempo

der internationalen IT-Technologieentwicklung und dem Russlands nur noch vergrößern wird, kommentiert *The Bell*.

Eine der bedeutendsten Veränderungen in der russischen Technologielandschaft sei die Konsolidierung des Eigentums unter kremlfreundlichen Investoren. Yandex, das die Verbindung zum Gründer und russischen Tech-Legende [Arkady Volozh](#) abbrach, wird nun vom Investmentfonds „[Consortium.First](#)“ kontrolliert. Während die offiziellen Investoren ungenannt bleiben, deuten Branchenquellen darauf hin, dass der Milliardär und Verbündete des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Juri Kowaltschuk, über Vermittler bis zu 40 Prozent des Unternehmens kontrollieren könnte. VK wurde von der Gazprombank und dem Pensionsfonds Sogaz übernommen, deren größter Anteilseigner ebenfalls die Familie Kowaltschuk ist. Der ehemals in westlichem Besitz befindlichen Baring Vostok-Fonds, der eine wichtige Rolle im Technologiesektor spielt, soll seine Beteiligung an Ozon an einen „genehmigten“ russischen Käufer zu veräußern, wobei VK als wahrscheinlicher Käufer in Frage kommt, wie Quellen *The Bell* mitteilten.

[bne IntelliNews - Sanctions isolate Russia's tech sector, but market consolidation fuels profits](#)

5. USA

Verabschieden sich die USA von den Russland-Sanktionen?

Nach einem eskalierten Gespräch im Weißen Haus zwischen ihm und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj am 28. Februar forderte Trump drastische Konzessionen durch die Ukraine, um einen Diktatfrieden zu erreichen und setzte die militärische Unterstützung des Landes durch die USA aus. Eigentlich hatten beide Parteien einen lange verhandelten Rohstoff-Deal unterzeichnen wollen. Inzwischen häufen sich zudem die Meldungen, dass die USA Vorbereitungen für eine Aufhebung zumindest von Teilen der Russland-Sanktionen treffen.

Laut einem Bericht von Reuters hat das Weiße Haus offenbar sowohl das Außenministerium als auch das Finanzministerium darum gebeten, mögliche Felder auszuloten, auf denen die USA die Russland-Sanktionen lockern könnten. Mehrere Dinge seien dabei unklar: Einerseits ist unbekannt, was Washington im Gegenzug verlangt, und auch ein Datum dafür, wann die Sanktionssenkungen eintreten, steht aktuell nicht fest. Angeblich sollen die Lockerungen unter anderem Entitäten wie einige russische Oligarchen betreffen. Auch eine Rücknahme von Sanktionen im Energiebereich wird offenbar diskutiert.

Berichten zufolge haben die USA Mitte März auf G7-Ebene einen kanadischen Vorschlag zur Einrichtung einer Task Force abgelehnt, die sich mit Russlands sogenannter „Schattenflotte“ von Öltankern befassen soll. Kanada, das derzeit den Vorsitz der Gruppe der Sieben innehat, schlug die Maßnahme vor einem Treffen der G7-Außenminister in Quebec vor. Bei den Verhandlungen über eine gemeinsame Erklärung zu maritimen Fragen drängen die USA darauf, die Formulierungen zu China zu verschärfen, während sie die Formulierungen zu Russland abschwächen, heißt es in einem Bericht des britischen Guardian. Die „Schattenflotte“ bezieht sich auf eraltete Öltanker, deren Identität verschleiert wird, um die westlichen Wirtschaftssanktionen zu umgehen, die Moskau seit Beginn seiner groß angelegten militärischen Invasion in der Ukraine Anfang 2022 auferlegt wurden.

Neben dem Veto gegen den Vorschlag Kanadas, eine Task Force zur Überwachung von Sanktionsverstößen einzurichten, zeigt der Entwurf der G7-Erklärung, der Bloomberg News vorlag, dass die USA darauf drängten, das Wort „Sanktionen“ zu streichen und die Formulierung, die Russlands „Fähigkeit, seinen Krieg in der Ukraine aufrechtzuerhalten“, erwähnt, durch „Einnahmen erzielen“ zu ersetzen.

US-Diplomaten informierten ihre G7-Kollegen darüber, dass dieser Schritt auf eine „Neubewertung der Position Washingtons in multilateralen Organisationen zurückzuführen ist, die es dem Land unmöglich macht, sich neuen Initiativen anzuschließen“, so der Bloomberg-Bericht. Europäische Länder diskutieren Pläne, die es ihnen ermöglichen, die Beschlagnahme von Ölexport-Tankern Moskaus in der Ostsee durchzuführen. Die Vorschläge beinhalten die Anwendung des Völkerrechts, um ihnen die Kontrolle über Schiffe aus Umwelt- oder Pirateriegründen zu ermöglichen.

Die Meldungen über eine neue US-Linie bei den Sanktionen passen allerdings nicht zu einer Erklärung, die die Außenminister der sieben führenden Industrienationen (G7) nach ihrem Treffen im kanadischen Charlevoix veröffentlichten. In der G7-Erklärung hieß es, die Minister hätten mögliche Maßnahmen gegen Moskau erörtert, darunter „Obergrenzen für Ölpreise sowie zusätzliche Unterstützung für die Ukraine und andere Mittel“, insbesondere die Verwendung von Einnahmen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten. Dabei handelt es sich um Vermögenswerte der russischen Notenbank in Höhe von 300 Milliarden Dollar, die nach der Invasion in die Ukraine 2022 eingefroren wurden. Bislang werden nur die anfallenden Zinsen für die Unterstützung der Ukraine genutzt.

Das Kommuniqué der G7 wurde auch von US-Außenminister Marco Rubio unterstützt, obwohl sich die Trump-Regierung zuletzt geweigert hatte, Russland für die Invasion öffentlich zu brandmarken. „Die Frage ist, ob wir uns in Richtung eines Waffenstillstands bewegen oder ob es sich um eine Verzögerungstaktik (Moskaus) handelt“, sagte der Amerikaner laut einem Handelsblatt-Bericht.

Vorbereitungen auf Rückkehr nach Russland?

Wie Reuters mitteilte, könnte die neue Linie der USA Teil der Bemühungen von US-Präsident Donald Trump sein, die geschäftlichen und politischen Bindungen zu Moskau wiederherzustellen und den Ukraine-Krieg zu beenden. Das hätten sowohl ein US-Offizieller als auch eine mit der Angelegenheit vertraute Person gesagt, die jedoch anonym blieben. Nachdem die US-Ministerien eine entsprechende Liste an möglichen Lockerungen bei den Russland-Sanktionen verfasst hätten, sollen Gespräche mit russischen Offiziellen stattfinden.

Die US-Handelskammer in Russland (AmCham Russia) fordert laut einem Bericht von Märkte Weltweit Medien die Aufhebung der Sanktionen gegen den Luftfahrtsektor des Landes, um mögliche Flugzeugabstürze zu verhindern, sagte der Präsident von AmCham Russia, Robert Agee, laut „Moscow Times“. Gleichzeitig erwägt Präsident Donald Trump offenbar Zölle und Bankensanktionen gegen Russland.

„Zuallererst bitten wir um die Aufhebung der Sanktionen im Luftfahrtsektor: Dies betrifft sowohl die Lieferung von Ersatzteilen als auch die technische Unterstützung für Flugzeuge“, sagte Agee der Nachrichten-Website „RBC“. „Hier geht es weniger um geschäftliche Ambitionen als vielmehr um eine humanitäre Notwendigkeit, da die einfachen Bürger am meisten darunter leiden“, fügte er hinzu.

Der russische Zivilluftfahrtsektor ist mit am stärksten von den westlichen Sanktionen betroffen, die die Lieferung von Flugzeugen und Teilen nach Russland unterbunden haben, so dass die Fluggesellschaften gezwungen sind, weniger Flüge durchzuführen und Flugzeuge für Ersatzteile auszuschlachten. Agee sagte, AmCham Russia setze sich auch für die Aufhebung eines Investitionsverbots für US-Unternehmen in Russland, die Aufhebung der Sanktionen gegen russische Banken zur Wiederherstellung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs und die Wiederaufnahme der Lieferung von Luxusgütern ein.

„Wir erarbeiten derzeit ein so genanntes Weißbuch für die US-Regierung, in dem wir die Herausforderungen analysieren, mit denen amerikanische Unternehmen in den letzten drei Jahren konfrontiert waren und welche Sanktionen sie am stärksten betroffen haben“, sagte er. Agee schätzt, dass etwa 150 US-Unternehmen Russland verlassen haben, während eine ebenso große Zahl weiterhin dort tätig ist. Weitere 50 sind offiziell in Russland registriert.

Kongress gegen Trump – Entscheidung über Russland-Sanktionen

Die Frankfurter Neue Presse FNP befasst sich in einer Analyse mit der Frage, ob Trump im Alleingang Russland-Sanktionen lockern könne und erinnert an die erste Trump-Amtszeit. Damals lag es am Kongress, dass die entsprechenden Gesetze dennoch durchkamen; die Institution hatte Trump deutlich seine Grenzen aufgezeigt.

Um die Russland-Sanktionen zu lockern, sind laut FNP mehrere Akteure im US-amerikanischen Politiksystem gefragt. Einerseits komme es darauf an, wer die wichtigen Schlüsselrollen im Nationalen Sicherheitsrat hat, wer dem Finanzministerium vorsitzt und wer das Außenministerium kontrolliert. Darüber hinaus komme es auch auf den US-Kongress an. Der Thinktank Atlantic Council hatte hier 2024 bereits auf den sogenannten Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA) von 2017 hingewiesen, der die Fähigkeiten des Präsidenten, eigenhändig Sanktionen zu lockern, drastisch reduziert hat.

Daneben hatte sich US-Vizepräsident Vance schon während des US-Wahlkampfes über den sogenannten REPO-Act (Rebuilding Economic Prosperity and Opportunity for Ukrainians) beschwert, der unter anderem eine legale Grundlage dafür schafft, russische Assets, die in den USA liegen, an die Ukraine zu senden. Laut Vance behindert dieser die Fähigkeit eines Präsidenten, eigenhändig Sanktionen zu lockern und neue Deals zu verhandeln. Bei beiden handelt es sich um vom Kongress beschlossene Gesetze, die der Ukraine Unterstützung zusagen – und die kann Trump nicht aus eigener Kraft abschaffen.

Vorbereitungen in Moskau

Während es in den USA Spekulationen über Vorbereitungen zur Aufhebung von Sanktionen gibt, holt sich die russische Regierung Insidern zufolge vor direkten Gesprächen mit den USA Rat von heimischen Firmen ein. Zwei russische Wirtschaftsvertreter sagten demnach der Nachrichtenagentur Reuters, es gehe um Vorschläge der Unternehmen, welche Sanktionen aus ihrer Sicht zuerst aufgehoben werden sollten. Dafür sollten Unternehmen Fragebögen des Industrie- und Handelsministeriums ausfüllen. Ein Insider sagt, vor allem die Sanktionen gegen die Finanzinfrastruktur würden fast alle russischen Firmen treffen. Drei Insider verweisen auch auf Sanktionen im Energiebereich, vor allem gegen russische Öltanker. „Alles ist immer teurer geworden angesichts der Transaktions- und Abschlusskosten mit Währungen aus Drittländern“, sagt eine der Personen. „Also das Wichtigste, das Gefährlichste, das Schmerzvollste sind die Restriktionen zur Abrechnung in Dollar.“

USA fahren Aufklärung russischer Sabotage zurück

Mehrere nationale Sicherheitsbehörden der USA haben ihre Arbeit an einer koordinierten Maßnahme zur Bekämpfung russischer Sabotage, Desinformation und Cyberangriffe eingestellt und damit den Druck auf Moskau gelockert. Dies berichtet die Agentur Reuters. Der ehemalige Präsident Joe Biden hatte im vergangenen Jahr sein nationales Sicherheitsteam angewiesen, Arbeitsgruppen zur Überwachung des Themas einzurichten, nachdem die US-Geheimdienste davor gewarnt hatten, dass Russland einen Schattenkrieg gegen westliche Staaten anzettelt.

Seit Trumps Amtsantritt am 20. Januar ist ein Großteil der Arbeit zum Stillstand gekommen, berichteten elf derzeitige und ehemalige Beamte, die alle um Anonymität baten, um geheime Angelegenheiten zu besprechen. Reuters ist das erste Medium, das über das volle Ausmaß der Bemühungen der Biden-Administration berichtet und darüber, dass mehrere verschiedene US-Behörden ihre Arbeit zu diesem Thema seitdem unterbrochen haben.

Zudem wurden regelmäßige Treffen zwischen dem Nationalen Sicherheitsrat und europäischen nationalen Sicherheitsbeamten nicht mehr angesetzt, und der Nationale Sicherheitsrat hat auch die formelle Koordinierung der Bemühungen zwischen den US-Behörden, einschließlich des FBI, des Ministeriums für Innere Sicherheit und des Außenministeriums, eingestellt, so die derzeitigen und ehemaligen Beamten.

Auch russische Medien berichten über ein geringeres US-Engagement zur Durchsetzung von Sanktionen, halten es aber auch für möglich, dass dies dem Personalmangel durch Neubesetzungen vieler Posten in US-Ministerien geschuldet sein könnte.

Laut dem russischen Komersant habe das US-Engagement zur Überwachung der Lieferungen von sanktionierter Ausrüstung sowie zur Durchsetzung der G7-Presspanne für russisches Öl abgenommen. Zitiert werden hier auch Angaben der Agentur Bloomberg. Gleichzeitig sei aber offen, ob es sich bei dem Kurswechsel des Landes um einen bewussten Schritt handelt, um die Beteiligung am Sanktionsdruck auf die Russische Föderation zu verringern, oder ob er mit einem Personalmangel verbunden ist. Das US-Finanzministerium habe sich nicht zu der Situation geäußert.

[Exclusive: US suspends some efforts to counter Russian sabotage as Trump moves closer to Putin | Reuters](#)

[Bloomberg: США снижают контроль за соблюдением санкций против РФ – Коммерсантъ](#)

Sanktionen: Welche Druckmittel Trump noch gegen Russland hätte

Während der amerikanische Präsident Donald Trump gegenüber Wolodymyr Selenskyj längst ohne zu zögern sein schärfstes Druckmittel, die Militärhilfe, eingesetzt hat, um Demutsgesten zu erzwingen, hat er mögliche Hebel, die den Kreml beeinflussen könnten, bisher nur vage umrissen, schreibt die FAZ. Er könne „finanziell“ Dinge tun, die „sehr

schlecht“ wären für Russland, hat Trump gesagt, hat mit Zöllen und „groß angelegten Sanktionen“ gedroht, bis ein Waffenstillstand erreicht sei. Welche Sanktionen das sein sollen, erläuterte er nicht.

Die FAZ stellt eigene Überlegungen an, wo Trump noch tätig werden könnte, um auch Russland zu Kompromissen zu zwingen.

Nach ihrer Ansicht gibt es keine umfassenden, neuen Wirtschaftsmaßnahmen mehr, die Washington gegenüber Moskau noch ergreifen könnte. Trumps Idee, Russland mit einem niedrigen Ölpreis in die Knie zu zwingen, könnte für die amerikanischen Produzenten schneller zum Problem werden als für die russischen: Trumps geplante Steigerung der heimischen Förderung gilt nur bei einem Ölpreis von rund 70 Dollar je Barrel als umsetzbar. In Russland aber würde die Produktion erst langsam abnehmen, wenn für ein Fass monatelang weniger als 40 Dollar gezahlt werden müsste.

Anders als das Gas, dessen Export stark zurückgegangen ist und das auch zuvor weniger lukrativ war, bringe der Öl-Export Russland die entscheidenden Milliarden ein ein, um Putins Krieg weiterzuführen. Allen voran könnte der Ölpreisdeckel durch schärfere Kontrollen besser durchgesetzt werden, betont die FAZ. Weitere Tanker der russischen Schattenflotte könnten sanktioniert werden; denkbar seien auch Sekundärmaßnahmen gegen indische und chinesische Häfen, die den Preisdeckel umgehen.

Jenseits des Öls sei ebenfalls noch Spielraum. Der Westen könnte den Kapitalabfluss aus Russland verstärken, indem Schranken für russisches Geld aufgehoben würden und Oligarchen die Möglichkeit bekämen, durch eine Distanzierung vom Kreml Sanktionen loszuwerden. Würden russische Kriegsflüchtlinge angeworben, könnte das Russlands „brain drain“ und Arbeitskräftemangel verschärfen.

Doch alle diese Maßnahmen seien nur Verfeinerungen bestehender Sanktionen, keine großen Würfe, schreibt die FAZ. Auch US-Zölle hätten kaum Wirkung, da der Handel zwischen Amerika und Russland auf unbedeutende 3,5 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr geschrumpft ist.

Laut FAZ seien die aktuellen Sanktionen durchaus schon wirksam: Unter den hohen Leitzinsen leiden vor allem zivile Branchen. Weil zudem überall Arbeitskräfte fehlen, gerät sogar im Rüstungssektor das Wachstum ins Stocken; die Wirtschaft steuert auf eine Stagflation zu. Ein Anziehen der Sanktionsschrauben könnte diese Tendenz verstärken. Dank Repression und Propaganda seien aber Proteste in Russland wegen teurer Butter und Medikamente nicht in Sicht. Ein Aufweichen der Sanktionen wäre daher aus Putins Sicht wirtschaftlich nicht unbedingt notwendig, politisch aber ein Riesenerfolg.

[Welche Hebel Trump gegen Putin noch hat](#)

Umsetzung von US-Sanktionen – wichtige Informationen

Das amerikanische Büro für Industrie und Sicherheit weist auf eine Internetseite hin, die wesentliche Informationen für Unternehmen bündelt und die Recherche sanktionierter Unternehmen mittels Suchmaschine erleichtert. Diese so genannte „Consolidated Screening List“ ist hier verfügbar:

[Consolidated Screening List](#)

Die Consolidated Screening List (CSL) ist eine Liste von Parteien, für die die Regierung der Vereinigten Staaten Beschränkungen für bestimmte Exporte, Reexporte oder Transfers von Gegenständen aufrechterhält. Unten auf der Seite unter „Tools“ finden Sie Links zur CSL-Suchmaschine, zu herunterladbaren CSL-Dateien und zur CSL-Anwendungsprogrammierschnittstelle (API), die alle aus der Konsolidierung mehrerer Export-Screening-Listen der Ministerien für Handel, Staat und Finanzen bestehen.

Wichtige Überlegungen:

- Diese Tools sind eine Zusammenführung mehrerer Export-Screening-Listen der Handels-, Außen- und Finanzministerien und können der Industrie als Hilfsmittel bei der Durchführung elektronischer Screenings potenzieller Parteien bei regulierten Transaktionen dienen.
- Falls ein Unternehmen, eine Organisation oder eine Person auf der Liste mit einer Partei übereinzustimmen scheint, die möglicherweise an Ihrer Exporttransaktion beteiligt ist, sollte vor dem Fortfahren eine zusätzliche Due-Diligence-Prüfung durchgeführt werden.
- Es kann ein striktes Exportverbot bestehen, die Anforderung, einen Lizenzantrag zu stellen, oder eine Bewertung des Endverbrauchs oder des Benutzers, um sicherzustellen, dass keine Aktivitäten durchgeführt werden, die durch US-Exportbestimmungen oder andere Beschränkungen verboten sind.
- Bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden, muss der Benutzer die offizielle Veröffentlichung der eingeschränkten Parteien im Federal Register überprüfen, um die vollständige Einhaltung aller Bedingungen der Beschränkungen für die Parteien auf dieser Liste sicherzustellen. Sie sollten auch die offiziellen Listen der eingeschränkten Parteien überprüfen, die auf den Websites des Handelsministeriums, des Außenministeriums und des Finanzministeriums geführt werden.

Links unter „Quellen“ führen Sie zu der spezifischen Webseite, auf der zusätzliche Informationen zur Verwendung jeder spezifischen Liste enthalten sind. Diese Links sind auch in die CSL-Suchmaschine und die herunterladbaren CSL-Dateien eingebettet. Sie finden sie in der Spalte „source_information_url“ für jede aufgeführte Entität.

Aktualisierungen

Alle Tools werden täglich um 5:00 Uhr EST/EDT automatisch aktualisiert. Die CSL ruft Aktualisierungen der unten aufgeführten Listen von jeder der beschaffenden Bundesbehörden ab. Es liegt in der Verantwortung der Bundesbehörde, aktualisierte Dateien zur Verfügung zu stellen, damit die CSL auf dem neuesten Stand ist.

Hotline zum OFAC

Fragen zu Compliance können auch direkt beim Office of Foreign Assets Control OFAC recherchiert werden. Dessen Hotline ist hier zu finden:

[OFAC Compliance Hotline | Office of Foreign Assets Control](#)

Freiwillige Angaben zu Sanktionsverstößen können hier gemeldet werden:
OFACdisclosures@treasury.gov

US-Sanktionsausnahmen für Slowakei und Türkei

Die Slowakei hat ihre Befreiung von den US-Sanktionen für Zahlungen für russisches LNG verlängert. Die Republik wird bis Mai 2025 in der Lage sein, Zahlungen über die Gazprombank zu tätigen. Das berichtet der russische Kommersant unter Berufung auf die Nachrichtenagentur Reuters. Am Tag zuvor, am 20. März, wurde von der gleichen Lockerung in Bezug auf die Türkei bekannt. Laut Bloomberg ist das Land immer noch von russischen Gaslieferungen abhängig und kauft mehr als 45 Prozent der Ressource aus der Russischen Föderation.

Washington verhängte im November letzten Jahres Sanktionen gegen die Gazprombank und verbot damit Zahlungen für russische Pipelinegaslieferungen an EU-Länder. Im Dezember erhielt die Türkei zusammen mit Ungarn und der Slowakei von den Vereinigten Staaten die Erlaubnis, Rohstoffe zu importieren, wodurch einige der Hindernisse für die Zahlung beseitigt wurden. Die Slowakei erhält Rohstoffe insbesondere über die Gaspipeline Turkish Stream.

[Словакия добилась освобождения от санкций США по оплате газа через Газпромбанк – Коммерсантъ](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Strafe gegen Rechtsanwaltskanzlei in Moskau

Das britische Office of Financial Sanctions Implementation (OFSI) hat gegen Herbert Smith Freehills CIS LLP („HSF Moskau“) wegen Verstößen gegen Russland-Sanktionen eine Geldstrafe verhängt. HSF Moskau war die Niederlassung der im Vereinigten Königreich registrierten Herbert Smith Freehills LLP („HSF London“) bis zu ihrer Schließung durch HSF London am 31. Mai 2022 als Folge des Einmarsches Russlands in die Ukraine im Februar 2022.

Die Geldstrafe bezieht sich auf sechs Zahlungen von HSF Moskau mit einem Gesamtwert von rund vier Millionen Pfund an sanktionierte Organisationen, deren Vermögenswerte eingefroren wurden. Bei den sanktionierten Unternehmen handelt es sich um die Alfa-Bank JSC, die PJSC Sovcombank und die PJSC Sberbank. Durch die Verstöße stellte das Unternehmen den sanktionierten Einrichtungen Gelder direkt zur Verfügung. Die Zahlungen, die über einen Zeitraum von sieben Tagen erfolgten, als die Firma ihre russischen Niederlassungen abbaute, zeigten ein Muster von Versäumnissen. Infolge dieser Verstöße hat das OFSI gegen HSF Moskau eine Strafe in Höhe von 465.000 Pfund verhängt.

[Penalty issued against subsidiary of major law firm for breaches of sanctions linked to Russia's invasion of Ukraine - GOV.UK](#)

Kanada

Neues Sanktionspaket zum dritten Jahrestag des Krieges

Am 24. Februar haben die kanadischen Behörden ebenfalls ein neues Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Betroffen sind mehr als 70 natürliche und juristische Personen mit Bezug zu Russland. Darunter sind etwa der russische Energieminister Sergej Ziwiljow sowie Vize- Verteidigungsministerin Anna Ziwiljowa, zudem der Journalist Wladimir Posner und Jelena Välbe, Präsidentin des russischen Skiverbandes. Darüber hinaus haben die kanadischen Behörden mehr als 100 Schiffe – mehrheitlich Öltanker – gelistet.

[Canadian Sanctions Related to Russia](#)

Sanktionen gegen zehn Personen und 21 Organisationen

Kanada hat Sanktionen gegen zehn russische Einzelpersonen und 21 Organisationen, darunter paramilitärische Organisationen, angekündigt, die die russische Aggression gegen die Ukraine unterstützen. Dies teilte das Büro des kanadischen Premierministers Justin Trudeau nach seiner Teilnahme am Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs

am 2. März in London zur Ukraine mit, berichtet Ukrinform. Es wird darauf hingewiesen, dass die heute angekündigten neuen Sanktionen „neun Anführer von paramilitärischen Organisationen aus der Zeit nach Wagner, ein Mitglied der mit ihnen verbundenen hochrangigen russischen Militärführung, neun paramilitärische Organisationen, die in der Ukraine und im Afrika-Netzwerk des Kremls tätig sind, sowie 12 mit ihnen verbundene Organisationen, die für die Ressourcengewinnung innerhalb dieses Netzwerks verantwortlich sind“, betreffen. „Bis heute hat Kanada Sanktionen gegen mehr als 3.000 Personen und Organisationen verhängt, die an Russlands Aggression beteiligt sind - und wir sind weiterhin entschlossen, mit unseren Partnern zusammenzuarbeiten, um den wirtschaftlichen Druck auf Russland zu erhöhen“, betonte Trudeaus Büro.

[Canada expands Russia sanctions](#)

Kanada wendet erstmals Sekundärsanktionen an

Die kanadische Regierung hat eine weitere Änderungen der *Special Economic Measures (Russia) Regulations* („Russland-Verordnungen“) vorgenommen, mit denen zwei nicht-russische Unternehmen in Anhang 1 aufgenommen wurden. Die Maßnahme richtet sich gegen Volga-Dnepr Airlines (Ireland) Limited, ein irisches Unternehmen, und Volga-Dnepr Logistics B.V., ein niederländisches Unternehmen. Damit wendet Kanada „sekundäre Sanktionen“ an. Die neu ins Visier genommenen Unternehmen sind Tochtergesellschaften von Volga-Dnepr Airlines und der Volga-Dnepr Group, zwei russische Unternehmen, die bereits nach Anhang 1 wegen ihrer Beteiligung am Krieg Russlands gegen die Ukraine sanktioniert wurden. Die irischen und niederländischen Unternehmen wurden nach kanadischen Angaben im Rahmen der Russland-Verordnungen sanktioniert, um die Beschlagnahme eines Frachtflugzeugs von Volga-Dnepr durch die Regierung zu unterstützen, das nun als Eigentum dieser Unternehmen gilt. Seit seiner Beschlagnahme im Jahr 2023 befindet sich das Frachtflugzeug auf dem Toronto Pearson International Airport.

[Canada Issues Secondary Sanctions Against Non-Russian Entities Under Russia Regulations - Global Sanctions and Export Controls Blog](#)

Neuseeland

Verlängerung und Erweiterung der Russland-Sanktionen

Neuseeland hat am 21. Februar seine bereits verhängten Sanktionen um weitere drei Jahre bis zum 17. März 2028 verlängert. Darüber hinaus wurden bestehende Sanktionslisten erweitert. Neu gelistet wurden 27 Einzelpersonen und 25 Organisationen, darunter:

- russische Akteure, die an der Bombardierung eines Kinderkrankenhauses in Kiew beteiligt waren
- russische Unternehmen, die mit den russischen Energieexporten in Verbindung stehen
- russische Akteure, die an der Zwangsumsiedlung oder Umerziehung ukrainischer Kinder durch Russland beteiligt waren

- hochrangige nordkoreanische Militärangehörige, die an der strategischen Unterstützung der Kriegsbemühungen Russlands beteiligt waren

[Latest updates | New Zealand Ministry of Foreign Affairs and Trade](#)

Ukraine

Ukraine erwägt Lockerung der Russland-Sanktionen – aber nur für echten Frieden

Die Ukraine ist bereit, die Lockerung der Sanktionen gegen Russland zu unterstützen, falls ein überprüfbares Friedensabkommen zustande kommt, sagt aber, dass die Sanktionen als Instrument bestehen bleiben müssen, um Moskau zu echten Schritten zur Beendigung des Krieges zu zwingen. Ein hochrangiger Beamter aus Kiew, der für die Sanktionspolitik zuständig ist, sagte gegenüber Politico, dass dieses Thema im Rahmen der von Präsident Donald Trump eingeleiteten intensivierten bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und Moskau diskutiert wird, um den Krieg zu beenden. Die Ukraine sei der Ansicht, dass eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland nur als Ergebnis der Schaffung eines gerechten Friedens erfolgen darf, der die Sicherheit der Ukrainer gewährleistet, so Vladyslav Vlasjuk, der Gesandte des Präsidenten von Kiew für die Sanktionspolitik. Er betonte, dass wirtschaftliche Beschränkungen ihre Hauptfunktion erfüllen müssen, nämlich Russland zu zwingen, seine Aggression zu stoppen und Friedensvereinbarungen zuzustimmen.

Wirtschaftliche Beschränkungen, Embargos und Einfuhrverbote für russische Energie, so sagte er, „haben ihre eigenen Ziele, die Russland dazu drängen könnten, seine Aggression zu stoppen und ein Abkommen über einen dauerhaften Frieden zu schließen“, und seien nicht einfach nur eine „Art Bestrafung“. Seiner Meinung nach hängt die mögliche Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehungen von konkreten Maßnahmen Moskaus zur Beendigung des Krieges ab, wobei er betonte, dass der Druck durch Sanktionen stark genug sein müsse, um Russland an den Verhandlungstisch zu zwingen.

„Wir haben bereits gesehen, dass die Russen versuchen, einige Fragen zu stellen, ob diese Sanktionen aufgehoben werden sollten, zumindest einige davon, was uns ein besseres Verständnis dafür gibt, welche Sanktionen am schmerzhaftesten sind“, sagte Vlasjuk. „Es ist immer gut zu wissen, was am schmerzhaftesten ist, und wir müssen diesen Hebel mit Bedacht einsetzen.“ Er fügte hinzu, dass Kiew auch eine Entschädigung für das Leid der Ukrainer fordert, das sie durch den Krieg erlitten haben.

[Ukraine Weighs Easing Russia Sanctions - But Only for Real Peace](#)

7. Blick über den Tellerrand

Streit zwischen Georgien und den Baltischen Staaten

Der georgische Premierminister Irakli Kobachidse hat die Entscheidung der baltischen Staaten, die Sanktionen gegen sein Land auszuweiten, als „unseriös“ bezeichnet. Darüber berichtet laut Märkte Weltweit Medien der litauische Rundfunk „LRT.lt“. Angesichts der besonderen Beziehungen zu Litauen, Lettland und Estland müsse man aber in einer „einseitigen“ Freundschaft bleiben, zitiert „Interpressnews“.

Dem georgischen Regierungschef zufolge werden die Regierungen der baltischen Länder von der „globalen Kriegspartei“ beeinflusst. Dabei handelt es sich um eine Verschwörungstheorie der regierenden Partei „Georgischer Traum“, die behauptet, dass eine geheime internationale Organisation Einfluss auf die westliche Politik ausübt und darauf abzielt, Georgien in den Krieg in der Ukraine zu verwickeln. „Wir müssen wirklich zwischen den Menschen und ihren Regierungen unterscheiden. Diese Regierungen werden vom Volk gewählt, aber auch hier müssen wir feststellen, dass sie direkt von der globalen Kriegspartei beeinflusst werden. Sie sind nicht souverän, und das ist der derzeitige Zustand dieser Länder“, sagte Kobachidse.

Zuletzt hatte Litauen 74 weitere georgische Beamte auf seine nationale schwarze Liste gesetzt. Sieben Richter des georgischen Verfassungsgerichts sowie eine lange Liste von Richtern, Staatsanwälten und Polizeibeamten aus dem Land im Südkaukasus wurden wegen „schwerwiegender und systematischer Verstöße gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Repressionen gegen die georgische Bevölkerung“ sanktioniert.

Litauen hatte im vergangenen Dezember den georgischen Premierminister Kobachidse auf die schwarze Liste gesetzt, nachdem es zuvor bereits Bidzina Iwanischwili, den Gründer von „Georgischer Traum“, sanktioniert hatte. Das Außenministerium teilte BNS mit, dass nun insgesamt 102 Georgier von den litauischen Sanktionen betroffen seien. Im Oktober letzten Jahres brachen in Georgien Proteste aus, nachdem „Georgischer Traum“ den Sieg bei den Parlamentswahlen erklärt hatte, und verschärfte sich Ende November, als die Regierungspartei die Aussetzung des EU-Beitrittsprozesses des Landes ankündigte.

8. Termine

27. März: Einführung in den EU-Sanktions-Helpdesk, 15:00 – 16:30 Uhr (online)

Bereits am morgigen Donnerstag, dem 27. März, bietet die Association of Certified Sanctions Specialists ACSS ein kostenloses Webinar in englischer Sprache zum neuen Sanktions-Helpdesk der EU statt. Die Anmeldung ist unter diesem Link möglich:

[Introducing the EU Sanctions Helpdesk – Supporting EU SMEs with Sanctions Compliance - Association of Certified Sanctions Specialists](#)

9. Tipps & Links

Der finnische Thinktank CREA hat Vorschläge für neue **Russland-Sanktionen im Energie-Bereich** erarbeitet. Unter anderem solle die EU schneller aus russischen Öl- und Gasimporten aussteigen und härter gegen die russische Schattenflotte und Länder wie die Türkei vorgehen, in der russisches Erdöl für den EU-Markt raffiniert werde. Es sei möglich, durch rasche Maßnahmen die russischen Einnahmen um weitere 20 Prozent zu reduzieren: [Presentation: Three years of war — Tighter sanctions will slash Russian revenues by 20% – Centre for Research on Energy and Clean Air](#)

Diese Analyse aus der Stiftung Wissenschaft und Politik beschäftigt sich mit der **Neuordnung der Energiemärkte** seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine. Europa habe sich dadurch bei Erdgas/LNG in neue Abhängigkeiten begeben, die ebenfalls Risiken mit sich brächten. Um geopolitischen Spannungen vorzubeugen und die Marktresilienz zu erhöhen, seien eine größtmögliche Diversifizierung der Lieferbeziehungen sowie multilaterale Ansätze oder langfristig eine Wasserstoffallianz erforderlich.

[Energie zwischen Markt und Geopolitik: Der Fall LNG - Stiftung Wissenschaft und Politik](#)

Der Wissenschaftler Andrej Jakowlew beschreibt in diesem Beitrag für die Russland-Analysen **die Entwicklung der russischen Wirtschaft unter dem Sanktionsdruck**. Diese sei in den ersten Jahren deutlich besser gewesen, als erwartet, nun aber drohten echte Krisen, da Reserven und unerwartete Profite aufgebraucht seien. „Das alles bedeutet nicht, dass die Wirtschaft in Russland morgen oder übermorgen zusammenbricht. Ihr steht aber in der Zukunft eine langwährende Stagnation bevor“, so Jakowlew.

[Ernüchterung nach dem Fest der Haushaltsausgaben | Länder-Analysen](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWK-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMWK - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Dokumente zum 16. Sanktionspaket:

Hauptdokument:

[L_202500394DE.000101.fmx.xml](#)

Neue Listungen:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/389 des Rates vom 24. Februar 2025 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

Weitere Dokumente:

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

[Questions and answers on the sixteenth package of restrictive measures against Russia - European Commission](#)

[Sixteenth package of restrictive measures against Russia](#)

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 24. März 2025):

[Consolidated version - European Commission](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:

[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:

[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Leitfaden der G7-Länder zur Sanktionsumsetzung (mit weiterführenden Links):
[ae2e63e2-4c4d-4f77-9757-c408ddbcede1_en \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:
[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:
[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

Belarus

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:

[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

